

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.

Mit der illustrierten Sonntagbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich, Abends (außer an Sonntagen und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Hohenzollernstraße 59, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich RM. 1.50, monatlich 50 Pfg. Belegzeitungsliste Nr. 4092 a, G. Reichtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltigen Zeilen oder deren Raum 15 Pfg., für zweispaltige 10 Pfg., für einspaltige 5 Pfg., anzuordnende Anzeigen 20 Pfg. Belegzeitungsliste Nr. 4092 a, G. Reichtrag. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 149.

Dienstag, den 30. Juni 1903.

10. Jahrgang.

Giergen eine Beilage.

Reaktion und Fortschritt.

— Wenn auch im Einzelnen in dem hinter uns liegenden Wahlkampfe die Sozialdemokratie die Positionen des Zentrums untergraben hat, so ist doch im Ganzen das Zentrum die herrschende Partei geblieben. Auch in Zukunft wird bei uns nur die Regierung regieren können, die vor dem Kardinalthron der katholischen Partei ihre tiefe Reverenz macht. Das Zentrum stellt der Regierung die Mehrheit, indem es entweder nach links oder nach rechts umfällt. Die Entwicklung der Dinge hat es mit sich gebracht, daß das Zentrum zukünftig noch mehr als bisher nach rechts fallen wird. Junker und Pfaffen haben heute das gleiche Interesse der Volksausbeutung und Volkunterjochung. Gleichmäßig sind sie interessiert am Aufhalten des geistigen Fortschritts und der Volksbildung, der Unterdrückung der Vorkenntnisse der Volksschule und der Wissenschaft überhaupt. Mitten in dem allgemeinen Zerfalle erscheint die katholische Kirche in der That noch als das einzige feste Bollwerk der Reaktion, und wenn unsere Junker katholisch würden, so könnte man dies nur als eine innere logische Entwicklung bezeichnen.

Wenn schon die Stärke des Zentrums in den verflochtenen Nächstagen eine Gefahr war, wieviel mehr erst in dem zukünftigen! Das Zentrum apportiert der Regierung jede neue Volksbelastung; skrupellos wuchert es die Volksmassen durch Erhöhung der Zölle und indirekten Steuern aus. Denn es ist eine Partei der Besitzenden und hat ein Interesse an der „Erhaltung des Bestehenden“, das heißt an der möglichen Freihaltung der Besitzenden von Steuern und Leistungen. Alle Heldenthaten der Reaktion an den wehrlosen Volksmassen finden den Segen und die thätige Mitarbeit des Zentrums. Selbst dem allgemeinen gleichen Reichstagswahlrecht ist das Zentrum kein Freund. In seinem Buche „Kapital und Arbeit“ hat der Sozialpolitiker des Zentrums, H. v. S. schon vor längerer Zeit mit aller Schärfe erklärt: „Das vom Liberalismus profanierte absolute „Recht“ der Majorität ist die Revolution in Permanenz. Wir müssen wieder konservativ werden. . . Das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht führt mit der Zeit notwendiger zur Majorisierung durch das Proletariat. Da bleibt nur der Ausweg ständischer Wahlen, das heißt auch die Liberalen sagen, ehe es zu spät ist. . . Es wäre dies eine außerordentliche Kräftigung des Eigenthums gegenüber der „Arbeitskraft“.“

So ist das Zentrum volksfeindlich in jeder Beziehung. Es ist dabei aber zugleich fast noch habgieriger und herrschsüchtiger als selbst die preussischen Junker. Das Zentrum ist die katholische Kirche, es ist der in das moderne Deutschland hineingeschobene Vorposten der Vatikanpolitik. In allen wichtigeren Fragen wird es von Rom aus dirigiert. So zeigt die Macht des Ultramontanismus. Um eine Majorität zu haben, muß die agrarisch-militärische Regierung dem Vatikan fortgesetzte Gefälligkeiten erweisen. Sie muß die Anmaßung des Klerus dulden, sie muß die Orden wiederkommen lassen — wogegen wir nichts einzuwenden haben — aber sie muß sie auch schützen und fördern in ihrer lichseindlichen Agitation. Sie muß sich damit einverstanden erklären, daß eines der Hauptziele des Ultramontanismus: die unumschränkte Priesterherrschaft über die Elementarschule, den einzigen Bildungsquell des Proletariats, allmählich erschlichen wird.

Wir gehen damit einer Periode der geistigen Reaktion entgegen, wie sie in deutschen Geschichte mehrfach von Zeit zu Zeit die geistige Entwicklung Deutschlands aufgehalten hat. Nur schwer hat sich das Volk davon freizumachen vermocht und länger Kämpfe hat es dazu bedurft.

Wenn durch die fast ungebrogene Macht des Merkantilismus diese Gefahr dicht vor den Thoren steht, so trägt daran das deutsche Bürgerthum einzig und allein die Schuld.

Die nun hinter uns liegenden Wahlen sind ein einziger beschämender Beweis dafür, wie das deutsche Bürgerthum den Liberalismus verrathen hat. Das ist die Folge der kapitalistischen Entwicklung. Das deutsche Bürgerthum ist heute kapitalistisch und sonst nichts. Die politische Entwicklung unseres Bürgerthums ist völlig zum Stillstand gekommen; um so größere Fortschritte hat die wirtschaftliche Entwicklung gemacht. Durch die Erschließung des Weltmarktes ist die Industrie aufgeblüht. Bedeutende Entdeckungen auf dem Gebiete der Agrarkulturchemie in Verbindung mit der einseitigen das Großgrundbesitzerinteresse auf Kosten der breiten Massen fördernden Schutzpolitik, haben in der Landwirtschaft kapitalistische Riesengebäude sich entwickeln lassen. Verkehrsmittel und Bankwesen sind der kapitalistischen Entwicklung von Vortheil gewesen. Während die reaktionären Regierungen seit Jahrzehnten den Liberalismus politisch von jeder Mitwirkung an der Regierung ausschließen und ihm dadurch politisch sein Grab bereiten haben, haben sie wirtschaftlich Alles gethan, das liberale Bürgerthum zu befriedigen. Seine

politischen Forderungen wurden ihm versagt, seine materiellen Interessen desto besser entschädigt.

Das ist der Grund, weshalb die alten liberalen Forderungen für das sogenannte liberale Bürgerthum schließlich zu leeren Hülsen geworden sind. Es nennt sich noch liberal, liebt wohl auch ein Wahl, in dem gelegentlich auf die Reaktion gescholten wird, aber es kämpft nicht mehr für liberale Forderungen. Es ist beherrscht von den materiellen Interessen. Es kennt nur noch eine Furcht: die des geschädigten Profits, nur noch einen Kampf: den für das Geldsachinteresse.

Daher kommt es, daß das Bürgerthum sich jetzt bei den Wahlen allüberall der Reaktion in die Arme geworfen hat. Daher kommt es, daß dieses Bürgerthum, anstatt die Sozialdemokratie zu unterstützen, eine förmliche boshafte Schadenfreude daran hatte, irgendwo die kämpfende Sozialdemokratie, durch Verbindung mit der Reaktion, niederzustimmen. Das Bürgerthum hat jeden politischen Sinn verloren.

Und den Vortheil haben Junker und Pfaff. Römischer Merkantilismus und preussischer Konservatismus drücken das politische Leben Deutschlands herab und bereiten gemeinschaftlich eine furchtbare Reaktionsperiode vor.

Aber in diesem Wahlkampfe hat die Sozialdemokratie die Erb- und früheren entschiedenen bürgerlichen Liberalismus ist, so ist sie auch allein befähigt, in Deutschland den Kampf gegen die Reaktion zu seinem siegreichen Ende zu führen. In diesem Kampfe hat die letzte Stunde noch nicht geschlagen, aber sie wird die Sozialdemokratie siegreich triumphieren sehen.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Wahlproteste. Die Einlegung von Wahlprotesten muß spätestens am zehnten Tage nach Eröffnung des neuen Reichstages an das Bureau des Deutschen Reichstages, Berlin NW, Königsplatz, erfolgt sein. Proteste, die auch nur um einen Tag verzögert werden, bleiben unberücksichtigt. Gegenproteste aber sind an eine Frist nicht gebunden, sofern sie vor der ersten Behandlung der betreffenden Wahl in der Wahlsprüngungskommission eingegangen sind. Zur Anfechtung einer Wahl, also zur Einreichung eines Protestes, ist jeder Wahlberechtigte befugt. Im übrigen ist folgendes zu beachten: Allgemeiner Protest. Behauptungen über die Reichstagswahl sind ohne Bedeutung beigelegt; ebenso bleiben Behauptungen, für welche die Beweismittel nicht angegeben sind, unberücksichtigt. Der Vorzug, der den Gegenstand der Beschwerde bildet, muß klar und präzis dargestellt sein. Die Zeugen sind nach Vor- und Zunamen, Stand, Wohnort event. Wohnung zu bezeichnen; von Amts wegen stellt der Reichstag keine Ermittlungen an. Bei Beschwerden über Rechtsverletzungen von Behörden ist der Nachweis erforderlich, daß versucht worden ist, im geordneten Beschwerdeverfahren Abhilfe zu erlangen. Hierzu genügt, daß die nächsthöhere Instanz angerufen ist. Es ist zu empfehlen, die Beschwerdepunkte im Interesse der Uebersichtlichkeit zu nummerieren. — Die Zahl der Proteste gegen reaktionäre Wahlmännchen wird nach allen bisher eingelaufenen Meldungen unheimlich groß werden. Umso mehr ist zu wünschen, daß der Reichstag in den Stand gesetzt werde, sie schnell zu erledigen.

Die letzten beiden Reichstagsstichwahlen. Wie bekannt, fanden die Stichwahlen in Lippe-Deimold und Homburg-Kusel erst am Sonnabend statt. In Lippe wurde Meyer-Jobst (FVp.) mit rund 8000 Stimmen gegen Beder (SD.) mit 4000 wiedergewählt. — Im Wahlkreis Homburg-Kusel (bisher NS) erhielt Stauffer (Ward der Landwirthe) 7195 St., Thiel (NS) 6213 St. Die noch ausstehenden Ortsschaften sind für Thiel ungunstig. Somit Stauffer gewählt. Das Zentrum stimmte ziemlich geschlossen für den Bund der Landwirthe. — Der „Vorwärts“ hatte sich melden lassen, daß in Homburg-Kusel nicht der Zentrumskandidat Fischert, sondern Genosse Brühne gewählt und damit die sozialdemokratische Mandatsziffer auf 82 gestiegen sei. Das ist aber nach der „Frankf. Bz.“ falsch. Nach der amtlichen Zusammenstellung erhielt Fischert 16477 Stimmen, Brühne 16040 Stimmen. Fischert ist also gewählt.

Bürgerliche Stichwahlbetrachtungen. Die Stichwahlbetrachtungen der bürgerlichen Presse bewegen sich auf dem denkbar niedrigsten Niveau. Während die „Deutsche Tageszeitung“ von dem altgermanischen Rest des Geprägten, drei Tage lang zu schimpfen, den ausgiebigsten Gebrauch macht und die agrarischen Führer, speziell Dertel, als die unglücklichen Opfer einer preussischen Regierungsintrigue bejammert, ergiebt sich Eugen Richter mit dem Heldenmuth der Dickfelligkeit in sein Schicksal und meint, daß die dreimal stek- Tiefenbacher Richterscher Koulour „ausreichen werden, um den politischen Standpunkt nach rechts und nach links hin wie bisher kräftig zu vertreten.“ Niedriger kann man sich wirklich kaum mehr selbst einschätzen. Die „Krenz-

zeitung“ sucht christlichen Trost in der Schadenfreude über die Niederlage Theodor Barth's. Der Fall dieses Friedensförderers des konservativ-freimüthigen Stichwahlkartells läßt sie den Schmerz über manche Verluste fast vergessen. Wir verstehen das wohl. Wenn die Barth'sche Stichwahltaktik für die Freimüthigen maßgebend gewesen wäre, so hätten die konservativen Brodwucherer rund 20 Mandate an die Sozialdemokratie eingebüßt. Die Zentrumspresse denkt sehr nüchtern und sehr praktisch. Die „Königliche Volkszeitung“ rechnet nach, daß das Zentrum nach wie vor eine Abwehrmehrheit nach Rechts gegen die scharfmacherischen und „überpannt militäristischen Bestrebungen“ zu bilden in der Lage sei und wiederholt die Forderung nach Reichstagsdäten. Die Aufstellung der Diätenfrage ist wohl hauptsächlich dazu bestimmt, eine Revision des Reichstagswahlrechts in Fluß zu bringen. Die „National-Liberal-Korrespondenz“ hat bereits vergessen, daß ihre Parteigenossen soeben das Zentrum in Rheinland Westfalen und im Maingau gegen die Sozialdemokratie herausgehauen haben, und läuft Sturm gegen die konservativ-merkantile Mehrheit, die sie bei den — preussischen Landtags-

Viel Lärmen um nichts. Die Wuth der bürgerlichen Parteien über den Reinfall im 2. Berliner Wahlkreise hatte die „Post“, das bekannte Denunziationsblatt, veranlaßt, über Wahlschwindeln und Wahlfälschungen zu schreiben. Für Wähler, die verstorben, verzoogen, oder im Gefängniß saßen, aber noch in den Wählerlisten standen, sollten nachgewiesenermaßen Stimmzettel abgegeben worden sein. Obwohl bei der geheimen Abstimmung niemand wissen kann, wie jeder einzelne Wähler gestimmt hat, besaß der ehemalige Oberstleutnant Stumm doch die Freiheit, die Siegerin Sozialdemokratie für die Wahlschwindeln moralisch verantwortlich zu machen, und die bürgerlichen Pressbanditen von der „Kreuztg.“ bis zu den „Lüb. Anz.“ stimmten einmüthig das Lied von den „sozialdemokratischen“ Wahlfälschungen im 2. Berliner Wahlkreise an. Indessen haben Lügen kurze Beine. Nach einer Berliner Kommunal-Korrespondenz, die bereits an zuständiger Stelle Erkundigungen eingezogen hat, sind die Räubergeschichten auf folgendes zurückzuführen: Es handelte sich um mehrere Fälle, in denen für Wähler, welche verzoogen oder abwesend waren oder sich im Krankenhause befanden, Stimmen von Unberechtigten abgegeben worden sind. Jedenfalls dürfte die Zahl dieser Wahlfälschungen, die selbstverständlich strafbar sind, einige Duzend nicht überschreiten. Im übrigen hat die Sozialdemokratie natürlich mit den „toden Wählern“ nichts zu thun. Wir vermuten, daß sie aus den Kreisen derer stammen, die die Enthüllung deshalb bringen konnten, weil sie sie selbst arrangirt haben. Billigst hätte man in staats-erhaltenden Kreisen das Bedürfnis, wenigstens einige schlichte Männer aus dem Volke als befähigte Sozialdemokraten zu — fabriziren! Das konnte man eben nur, indem man Todte auferstehen ließ.

Die Wahl in Fürth-Erlangen, wo bekanntlich Genosse Segis dem freimüthigen Volksparteiler Barbed unterlag, wird von unseren dortigen Freunden angefochten werden. Das neue Reglement zum Reichswahlgesetz enthält die Vorschrift: „Die Stimmzettel sollen 9 zu 12 Zentimeter groß und von mittelstarkem Schreibpapier sein.“ Es waren aber die für den konservativen Kandidaten Beckh-Kathberg abgegebenen Wahlzettel sämmtlich 18 zu 24 Zentimeter groß, so daß sie, in der Mitte zusammengefaltet, noch die vorgeschriebene Größe des Wahlzettels hatten. Jeder Wahlkommissar wußte von vornherein, wer Beckh gewählt hat. Die doppelte Größe der Stimmzettel konnte keinen anderen Zweck haben, als Beckh's Wähler durch den Stimmzettel kennlich zu machen. Darin liegt ein offener Verstoß gegen die Vorschriften des neuen Reglements zum Wahlgesetz. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die Wahlprüfungskommission des Reichstags diese Veröße als erheblich betrachten und die Beckh'schen Stimmzettel für ungültig erklären wird. Dann stellt sich aber das Stimmverhältniß folgendermaßen: Nach dem offiziellen Wahlergebnis wurden bei der Hauptwahl 26346 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielt Genosse Segis 12031, Barbed 6448, Du Roulin 3637, Beckh 2866, Dr. Schäbler 1351, zerstückelt 13 Stimmen. Die gegnerischen Parteien erhielten zusammen 14315 Stimmen. Bringt man davon die 2866 Beckh'schen Zettel in Abzug, so bleiben für die Gegner nur noch 11449 Stimmen, während unser Kandidat 12031 Stimmen erhielt, mithin von Rechts wegen gewählt ist. Es haben außerdem noch eine Menge von Verstoßen bezüglich der Wahlurnen, Stimmräume, Zulassung von sozialdemokratischen Vertrauensmännern im Wahllokal stattgefunden, welche zur Charakterisierung der Wahlhandlung werthvolles Material liefern werden.

Nicht im Scharfmacherthum liegt das Heil! In einer Wahlbetrachtung schreibt der „Dresdner Anzeiger“, das Amtsblatt der Stadt Dresden:

Alles in allem ist das neue Bild des Reichstags nicht gerade sehr erfreulich. Daß die Sozialdemokratie 31 Sitze gegenüber den bisherigen 68 erreichen konnte, ist und bleibt das Charakteristische und Bedenkliche des

neuen Parlaments. Wir wollen uns nicht in Prophezeiungen ergehen und dem neuen Reichstage ein kurzes Leben voraussagen. Warten wir es ab, ob nicht die Sozialdemokratie doch bei der mit der Zahl gewachsenen Verantwortung ihre negative (?) parlamentarische Betätigung einschränkt und auch ihrerseits zur Erkenntnis der Pflichten gezwungen wird, die aus einer Machtstellung erwachsen. An uns ist es aber, weder Illusionen zu verfolgen, noch im Scharfmacherthum Heil zu suchen, sondern das zu thun, was uns vor allem fehlt, das heißt das Bürgerthum zu organisieren und der Sozialdemokratie so einen gleichwertigen Faktor entgegen zu setzen.

Schon nach den Hauptwahlen hatte das Blatt in ähnlichem Sinne geschrieben. In einem Artikel wurde ausgeführt, daß die Sozialdemokratie als ein gleichberechtigter Faktor behandelt werden müsse, und daß der Staat seine Aufgaben nicht erfüllen könne, wo sich eine Plünderwirtschaft herausbilde. „Der Weg, den die Scharfmacher wandeln, führt zur Vertiefung des Klassenkampfes, zum wirtschaftlichen Rückgang und zur Katastrophe.“ Das ist sehr gut gesagt. Es ist indessen wohl gänzlich ausgeschlossen, daß beim Bürgerthum die bessere Einsicht siegt.

Der Aufbruch der Reaktion auf das Reichstagswahlrecht beginnt. Den ersten Schuß giebt der fromme „Reichsbote“ ab. Nach einigem Geschimpfe auf die Sozialdemokratie erklärt das Pastorenblatt:

Mit Gewaltmaßregeln ist gegen drei Millionen deutsche Bürger nichts zu machen, jede Verfolgung würde ihnen nur noch mehr Anhänger zutreiben, das hat die Erfahrung mit dem Sozialistengesetz bewiesen, das beweist ebenso die Geschichte des Zentrums, das durch den Kulturkampf groß geworden ist, wie auch jetzt wieder das Anwachsen des Potentiums, seit es sich als verfolgt aufspielen kann. — Das schließt aber nicht aus, daß gesetzliche, verfassungsmäßige Reformen von Einrichtungen stattfinden müssen, die sich nicht bewährt haben, weil sie das Reich ins Verderben führen. Die Sozialdemokratie, welche stets gegen das Budget des Reiches gestimmt — als Mehrheitspartei im Reichstage — das sagt für jeden Verständigen genug; aber Verstand ist bekanntlich nicht bei der großen Masse, welche sich von vaterlandslosen, internationalen Högern irre führen läßt. Aber unsere Regierung hat ja die Gefährlichkeit des Wahlrechts noch verhärtet durch das famose Wahlloset.

Das alte Lied! Glaube der „Reichsbote“ wirklich, daß es so einfach sei, dem deutschen Volke jetzt noch das allgemeine Wahlrecht abzunehmen?

Das Wahlgeheimnis in Sansjoui. Im Bezirke Sansjoui des Wahlkreises Potsdam wurden bekanntlich, trotzdem dort nur Hofsaagehütten wohnen, acht sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Diese acht Stimmen haben, einer Nachricht aus Berlin zufolge, offenbar eine gewaltige Entrüstung am kaiserlichen Hoflager erregt. Eine „Untersuchung“ sei bereits im Gange. — Das Reichstagswahlgesetz gewährleistet das vollständige Wahlgeheimnis. Und dieses Wahlgeheimnis besteht auch für Sansjoui. Die „Untersuchung“ muß also ohne Vorwissen des Kaisers von irgend einem Streber „eingeleitet“ worden sein, und wenn Wilhelm II., der ein eifriger Zeitungsläser sein soll, davon erfährt, wird er den Unthug sicher sofort abstellen. Denn es ist nicht anzunehmen, daß der Kaiser an seinem Wohnorte eine direkte Gesichtsbekundung gestattet.

Opfer der Reichstagswahlen. Wie dem „Hamb. Correspond.“ aus Dresden gemeldet wird, hat der sächsische Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten v. Meißner um seine Entlassung gebeten. Als Grund für diesen Schritt wird der Ausfall der Reichstagswahlen angegeben. Meißner ist ein Minister im Sinne der Scharfmacher. Jeden gegen die Sozialisten bezogenen Gewaltakt verurteilt er zu „rechtfertigen“. Er ist der Vater des Anspruchs, daß die Sozialdemokraten nicht dasselbe Recht für geltend machen können, worauf andere Parteien Anspruch haben; er raubte den sächsischen Arbeitern das Wahlrecht und war die treibende Kraft bei allen Thaten der Polizei und der Gerichte, die unter dem Namen Sächsischen Wahlloset bekannt geworden sind. Von 1874 bis 1877 hat er als Amtshauptmann die Sozialdemokratie bekämpft, 1891 wurde er Staatsminister und hatte man ein erhebliches Gebiet für seine staatsretterische Thätigkeit. Seit 12 Jahren hat er Sozialisten vernichtet, aber alle Anstrengungen haben den dem erwünschten entgegengegesetzten Erfolg gehabt. Immer stärker schwellt die sozialistische Heerde an und die letzten Wahlen zeigten Meißner, daß die Politik mit dem zweierlei Recht die Entrechteten zu immer stärkerem Widerstande reizte. Für einen Sozialistenhölzer müßte es eine Wohlthat sein, an der Spitze des sächsischen Ministeriums zu stehen, denn irgend in der Welt findet er so viel Gelegenheit für eine seinen Neigungen entsprechende Thätigkeit. Aber es ist das Verhängnis der sächsischen Minister, daß sie immer erst durch Schaden klug werden. Aus der Versäulischen Periode kommt das „Jawel“, das Verhängnis Meißner hat die Methode der Anwendung erstanden; er hat damit aber so trübe Erfahrungen gemacht wie sie nur denkbar sind. Wenn die Scharfmacher fähig wären, etwas zu lernen, dann könnten ihnen das Schicksal Meißner die Augen öffnen. Meißner hat Alles gethan, was die Scharfmacher empfehlen, und zieht jetzt eben so betrübt davon, wie sein Freund, der durchgefallene Ratten Doctor. — Auch den heute eingetroffenen Nachrichten bestätigt sich der Rücktritt des Herrn v. Meißner nicht. Es bleibt in Sachsen eben alles beim alten, dieselben Personen und dieselbe Regierungsweise. Nun, was kann's nur recht sein.)

Die Mittlung. Im Jahre 1898 waren in Frankreich 15 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Am 16. Juni d. J. hat man in Frankreich, wie der „Voss. Ztg.“ aus Jauerburg mitgeteilt wird, 90 sozialdemokratische Wahlzettel gezählt.

Konervative Kampfesweise. Dr. Barth hat sich veranlaßt gesehen, telegraphisch den ersten Staatsanwalt in Köln zu ersuchen, er möge im öffentlichen Interesse Strafverfolgung wegen Verleumdung einklagen gegen Verfasser und Verbreiter eines konservativen Flagblattes, in dem behauptet wird, Barth habe den Sozialdemokraten für die Unterstützung seiner Kandidatur eine Schenkung für ihre Parteiklasse zur Verfügung gestellt und außerdem sei er die Verpflichtung eingegangen, gegen jede Behauptung zu stimmen. Das in Frage stehende Flagblatt

trägt in fetten Lettern die Ueberschrift: „Mit 70 000 Mk. Zudengelb wollen die Liberalen den Dr. Barth in den Reichstag bringen.“

Die Würgen des Bundes der Landwirthe. Von den 74 Kandidaten des Bundes der Landwirthe, die in Stichwahl standen, sind 51 gewählt worden. Da 46 in der Hauptwahl siegten, sind im ganzen 97 gewählt. Im alten Reichstag betrug die Zahl der Bundesfreunde 105—110.

Rückgang der antisemitischen Stimmen! Die Antisemiten aller Richtungen haben diesmal, wenn man ihnen Ulrich-Berlin VI. zuzählt, 277 000 Stimmen erhalten gegen 284 000 im Jahre 1898. Mehr als 10 000 Stimmen (in Klammern die Resultate von 1898 in tausend) in Sachsen (74 000 (73), Hessen-Nassau 44 000 (31), Westfalen 24 000 (15), Berlin 18 000 (30), Pommern und Prov. Sachsen je 14 000 (je 12), Brandenburg 12 000 (18), Hessen 11 000 (19), Rheinprovinz 10 000 (14), annähernd 10 000 Stimmen erhielten sie in Westpreußen (3) und Schleswig-Holstein (13). Gewählt sind 2 Antisemiten, zur Stichwahl standen 14.

Die Freisinnige Vereinigung, die von allen Parteien den prozentual größten Mandatsverlust (40 Prozent) hatte, erhielt 25 000 Stimmen mehr als 1898, nämlich 233 000 (einschließlich nahebestehender Wähler) gegen 208 000. Die Freisinnige Volkspartei, die 25 Prozent ihrer Sitze verlor, bekam 541 000 Stimmen statt 555 000, die Süddeutsche Volkspartei, die nur 1 Mandat weniger erhielt, 92 000 statt 111 000.

Doppelmandatäre. Von den neu in den Reichstag gewählten Abgeordneten sind 84 Doppelmandatäre, d. h. sie haben im Reichstage wie im preussischen Abgeordnetenhaus einen Sitz; das Zentrum hat in seiner Mitte 34, die Konservativen 21, die Nationalliberalen 9, die Reichspartei 8, die Freisinnige Volkspartei 5, die Polen 4, die Freisinnige Vereinigung 1 (Gothheim), die Antisemiten 1 (Werner), die Dänen 1 (Jessen).

Deutschland und die Vereinigten Staaten. Das heißersehnte amerikanische Geschwader ist Freitag endlich in Kiel eingetroffen. Man hat festgetastet, der amerikanische Admiral Cotton und Wilhelm II. haben freundliche Reden gehalten und zwischen dem Kaiser und Roosevelt sind die üblichen freundlichen Telegramme gewechselt worden — kurz, das bekannte Programm wurde wieder einmal abgeleitet. In dem Trinkspruch Wilhelm II. hieß es, wie wir noch erwähnen wollen, zum Schluß: „Wir ergreifen gern die uns über den Ocean entgegenstreckte Hand in herzlicher Freundschaft und im Gefühl, daß Blut dicker ist als Wasser. Meine Herren, ich trinke auf das Wohl Sr. Excellenz des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Gott segne ihn und die Vereinigten Staaten.“ — Roosevelt wird gleich uns sehr überrascht sein, daß er im Range plötzlich einem preussischen Geheimrath oder General durch die Verleihung eines europäischen Titels gleich gestellt wird.

Die Handelsvertragsangelegenheit, schreibt die „Neue politische Korrespondenz“, steht zur Zeit so, daß die Vorbesprechungen mit der Schweiz und mit Rußland begonnen haben. Alle weiteren Zeitungsnachrichten sind unzutreffend. Mit Oesterreich-Ungarn kann nicht verhandelt werden, so lange es selbst seinen Tarif nicht fertig hat.

Ueber einen unliebsamen Zwischenfall, der beim Aufenthalt deutscher Marineoffiziere in Amerika sich ereignet haben soll, meldet nach einem New Yorker Telegramm die „Times“ aus Savannah (Georgia): Die Offiziere des deutschen Kreuzers „Gazelle“ haben bei dem Aufenthalt ihres Schiffes im hiesigen Hafen den Polizeidirektor Oberst Deveraux, einen Major, völlig ignoriert. Es ist sonst üblich, daß die Kommandanten fremder Schiffe den Polizeidirektoren ihre Ankunft mittheilen. Der Kapitän der „Gazelle“ sandte dem Oberst Deveraux jedoch nicht einmal seine Karte. Das Verhalten der Offiziere erregt um so größeres Aufsehen, als die deutschen Seesoldaten hier sehr liebenswürdig aufgenommen wurden und die vornehmen Anwesenden zu Ehren Festlichkeiten veranstalteten. — Es wird abzuwarten bleiben, ob sich diese Angaben bestätigen und was die Offiziere eventuell zur Rechtfertigung des Verhaltens vorzuführen haben.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung war der Instrumentenritzer Franz Lehmann von Halle angeklagt. Er erschien am Abend des 21. April d. J. im angetrunkenen Zustande in einem halleischen Restaurant. Als ein dort anwesender Handwerksbursche sich an das Klavier setzte und aufgefördert wurde, das Kaiserlied zu spielen, machte der Angeklagte in Beziehung auf den Kaiser eine unüberlegte Bemerkung. Ein Mann, dessen Namen in der Verhandlung leider nicht genannt wurde, benachrichtigte sofort die Polizei. Die Folge war, daß Lehmann festgenommen wurde. Hierbei leistete er Widerstand und ließ beleidigende Redensarten aus. Der Angeklagte erklärte, am genannten Tage sehr viel Bier getrunken zu haben; er wisse nicht mehr, was er über den Kaiser gesprochen habe; absichtlich habe er es nicht gethan. Der geladene Sachverständige befandete, daß der Angeklagte nicht im unzurechnungsfähigen Zustande gehandelt haben könne. Beantwortet wurden wegen der Kaiserbeleidigung sechs Monate und wegen der übrigen Delikte zwei Monate Gefängnis. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Thüren statt und endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis. Der Verurtheilte wurde an einer Handkette durch die Straßen (in Gefängnis geführt. — Wegen Majestätsbeleidigung und Sachbeschädigung ist am 22. April vom Landgerichte Görlitz der Arbeiter Arthur Träger zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Er hatte als Strafgefangener eine Ausrufung über die Reifen des Kaisers gethan. Seine Revision wurde als unbegründet vom Reichsgericht verworfen. — Vor der Strafkammer in Mannheim hatte sich Donnerstag der Kaufmann A. Treß ebenfalls wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Während einer Fahrt im Lokalzug von Rheinan nach Mannheim übte Treß eines Tages Mitreisenden gegenüber, mit denen er in ein politisches Gespräch gerathen war, Kritik an der Art, wie der Kaiser von „meinem“ Heer und von „meiner“ Marine zu sprechen beliebe, und soll dabei eine mehrbändige Ausrufung gethan haben. In der Verhandlung erklärte nur ein Zeuge, den instrumintierten Ausbruch bestimmt gehört zu haben, die anderen Zeugen sagten, daß sie ihn nicht gehört hätten; sie hätten das Gespräch nicht

mit voller Aufmerksamkeit verfolgt. Das Gericht hielt den Schuldbeweis nicht für ausreichend und sprach den Angeklagten frei.

Kleine politische Nachrichten. Das jüngste Mitglied des neuen Reichstages dürfte der neue Abgeordnete für Waldeck, Dr. H. Pothhoff (Fp.) sein, der erst 28 Jahre zählt. Bisher war bekanntlich unser Genosse Rosenow der Benjamin des Reichstages. — Die Landtagswahlen in Preußen werden, einer offiziellen Korrespondenz zufolge, Mitte November angelegt werden, jedoch mit Rücksicht auf die Doppelmandate vor der Einberufung des Reichstages. — Der preussische Landesparlamentarier lehnte mit 19 gegen 13 Stimmen eine Tarifiermäßigung für Grubenholz von Oberschlesien nach dem Ruhrgebiet ab und nahm dagegen auf Antrag des Landesökonomie-raths Winkelmann eine Tarifiermäßigung von 30 Prozent zum Export über die Ost- und Nordseehäfen einstimmig an. — Der neue Termin gegen Hüssener wird am 6. Juli in Kiel stattfinden. — Wie das „Torgauer Kreisblatt“ erfährt, hat der sächsische Militäriskus in Südböden des Kreises Torgau das Gelände des Dorfes Buschwitz, 2200 Morgen Stadtforsit der Belgern, 500 Morgen Stadtforsit der Stadt Torgau und das königliche Forstrevier Eizenroda zu einem Truppenübungsplatz für das 1. sächsische Armeekorps erworben. Auch der Bau einer Eisenbahn über Belgern nach Torgau sei geplant. Wir haben ja heidenmäßig viel Geld! — Zum Gerater Merzesteil wird geschrieben: Der Textilkrankenkasse hatte bis jetzt den freitenden Merzen für das letzte Quartal des Vorjahres das Honorar verweigert unter der Annahme, daß die Merze für den entstandenen Schaden ersatzpflichtig zu machen seien. Die Merze klagte deshalb beim Landgericht, auf die erfolgte Verurteilung hin hat die Kasse jetzt 3500 Mark ausbezahlt, trotzdem aber noch 4000 Mark innebehalten, sodas die Ingelegenheit noch weiter die Gerichte beschäftigen wird. — Die Münchener Kassenärzte haben nach dem „Berl. Tagebl.“ in einer Versammlung am Freitag den Beschluß gefaßt, den Krankenkassen zum 1. Juli zu kündigen, da diese angeblich einer friedlichen Beilegung der ärztlichen Honorarfrage abgeneigt sind. — Der Inhaber des verkrachten Bankhauses Christian Könncke in Goslar, Bankier Christian Könncke, hatte sich Freitag vor dem Schwurgericht in Hildesheim wegen Vergehens gegen das Depotgesetz, die Konturordnung sowie wegen Unterschlagungen in Höhe von 900 000 Mark zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte 5 Jahre Gefängnis. Die Geschworenen bejahten sämtliche Schuldfragen; das Urtheil lautete auf 3 Jahre 6 Monate Gefängnis sowie Ertragung der Kosten. — Die italienische Deputiertenkammer genehmigte in geheimer Abstimmung mit 241 gegen 92 Stimmen sechs provisorische Budgetwölffel. — In der Nähe von Erzerum in Armenien wurde, wie die „Times“ erfahren, von Kurden ein Kloster geplündert, sechs Priester kamen dabei ums Leben. Auch das 12 Stunden entfernte Dorf Berm wurde geplündert und dabei ein Dorfnotabler getödtet. Die türkischen Truppen verhinderten die Kurden weder an der Plünderung, noch verfolgten sie die Räuber nachher. — Eine Depesche des Madrider „Liberal“ aus Tanger bestätigt, daß der marokkanische Kriegsminister durch Verrath der Ganatatabylen bei Tjul Branos besiegt wurde und dabei 600 Mann verlor.

Oesterreich-Ungarn.

Neue Unruhen in Kroatien. In Lubdreg kam es Freitag zu neuen Ausschreitungen. Bewaffnete Bauern widerstehen sich den behördlichen Anordnungen und griffen die Gendarmen an, die von den Schusswaffen Gebrauch machte und vier Bauern tödtete, drei schwer und mehrere leicht verletzete. Sieben Personen wurden verhaftet. Ueber Lubdreg wurde kürzlich das Standrecht verhängt.

Frankreich.

Das Ministerium Combes ist am Freitag mit knapper Noth in der Kammer einer schweren parlamentarischen Niederlage entgangen. Bei der Abstimmung über die Genehmigungsgesuche der weiblichen Kongregationen hat es nur eine Mehrheit von 16 Stimmen erzielt, obgleich der Ministerpräsident die Betravensfrage gestellt hatte. Bei der Abstimmung haben 30 Mitglieder der ministeriellen „Union republicaine“, der Aufforderung des früheren Unterrichtsministers Lehgues entsprechend, gegen die Regierung gestimmt. Sechs Ministerielle enthielten sich der Abstimmung, außerdem befinden sich 13 Ministerielle im Urlaub. Die oppositionelle Presse erblickt in dieser Abstimmung den Beweis dafür, daß der „Bischof“ erschüttert sei und daß er bald zerfallen werde. Ein Ministerium, das in einer für seine Politik so einschneidenden Frage nur eine Mehrheit von 16 Stimmen erlange, unter denen sich 6 Stimmen von Ministern selbst befanden, könne nicht mehr lange dauern. Auch die radikalen Blätter geben zu, daß die Regierung nur sehr knapp gestieg habe und daß sie sogar gestürzt worden wäre, wenn der Ministerpräsident nicht erklärt hätte, daß alle Genehmigungsgesuche, die einzelne Kongregationen für ihre Krankenanstalten einreichten, mit Wohlwollen behandelt werden sollen.

Spanien.

Die Streikbewegung in Barcelona zieht, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, immer weitere Kreise. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Bei Zusammenstößen mit Gendarmen wurden mehrere Personen verwundet, zahlreiche Verhaftungen erfolgten. Die Truppen stehen marschbereit. Die zunehmende Bewegung der Landarbeiter in Andalusien, welche einen anarchoistischen Charakter trägt, veranlaßte energische Vorkehrungen der Regierung.

Serbien.

Die Thronbesteigung des neuen Königs ist den europäischen Mächten am Donnerstag amtlich zur Kenntniß gebracht worden, und bis Sonnabend hatten bereits Deutschland, Oesterreich, Rußland, Frankreich, Rumänien, Montenegro und Bulgarien geantwortet. Als erstes der Staatsoberhäupter der Großmächte hat der deutsche Kaiser die serbische Mittheilung mit einem in französischer Sprache abgefaßten Glückwunschtelegramm erwidert, das, der „Nordd. Allgem. Ztg.“ zufolge, in deutscher Uebersetzung folgenden Wortlaut hat:

„Sr. Majestät Peter, König von Serbien, Belgrad. Ich habe die Mittheilung erhalten, durch welche Eure Majestät mir Ihre Besteigung des serbischen Thrones anzeigen. Zudem ich von dieser Mittheilung Kenntniß nehme,

will ich gern hoffen, daß mit Eurer Majestät Unterstützung die guten Verträge, die bisher zwischen Deutschland und Serbien bestanden, in Zukunft aufrecht erhalten und entwickelt werden. Aufrecht wünsche ich, daß die Regierung Eurer Majestät eine Zeit des Friedens und Fortschritts für Ihr Königreich einleiten möge.

Die Belohnung für den Mörder. Der Hauptbeteiligte an der Verschwörung, Oberst Maschin, der Schwager Drago's, Botschafter, wurde zum General ernannt. — Aus Belgrad meldet ferner noch die „Vost. Zg.“: Der König theilte der Königin Natalie mit, daß alles, was sich im alten Konat befindet, ihr gehöre; sie könne darüber verfügen. Die Stupschinnja schloß Sonnabend.

Afrika.

Eine neue schwere Niederlage haben, wie die „Agence Havas“ meldet, die Engländer im Somaliland erlitten. Der Mullah hat fünf Posten zwischen Burao und Boholle vernichtet; 39 englische Offiziere sind gefallen. Zweitausend eingeborene Soldaten wurden gefangen genommen. Von London aus bezieht man sich zwar, die Niederlage offiziell zu dementieren, aber man weiß vom Burenkriege her, wie langsam sich John Bull bequemt, Niederlagen einzugehen.

Vereinigte Staaten.

Eine ernste Verstimmung ist zwischen Amerika und Rußland wegen der amerikanischen Volksbewegung gegen die Grenel in Kischinew eingetreten. „Reuters Bureau“ berichtet aus Washington: Rußland brachte der Regierung der Vereinigten Staaten zur Kenntnis, daß es Roosevelt's Entschluß tief bedauere, die jüdische Witzfigur über die Vorgänge in Kischinew der russischen Regierung zu übermitteln. Es hoffe, die Vereinigten Staaten werden mit den ihnen dargebrachten Sympathieäußerungen zufrieden sein. Das auswärtige Amt (in Petersburg) werde die Petition zurückweisen auf Grund seiner Politik, sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Mächte zu enthalten und für sich selbst auf einer gleichen Behandlung zu bestehen. Nach der „New York Times“ ist der russische Botschafter in Washington, Graf Cassini, über die Wendung der Dinge wegen der Haltung Roosevelts in der Kischinewfrage in Unruhe und erwägt ganz offen die Möglichkeit seiner Abberufung.

Die Bürgerchaftswahl im Johanns-Quartier.

Am Sonnabend fand die letzte diesjährige Bürgerchafts-Ergebniswahl statt, und zwar wurde in der Hochburg der Vaterstädtischen, dem Johanns-Quartier und der Vorstadt St. Jürgen, gewählt. Daß die Sozialdemokratie in diesem Wahlbezirk erst recht auf keinen Sieg rechnen konnte, stand bereits im Voraus fest. Für sie konnte kaum mehr in Betracht kommen, als die im Jahre 1901 erzielte Stimmenzahl aufrecht zu erhalten, vielleicht auch um einige noch zu vermehren. Und doch ist es ganz anders gekommen: auch in dieser Vaterstädtischen Hochburg ist die Zahl unserer Stimmen ganz wesentlich gewachsen. Während 1901 in diesem Wahlbezirk erst 151 geschlossene Listen für uns abgegeben wurden, erhielten wir diesmal deren 270; das ist eine Steigerung um 119 oder um 78,8 pSt. Die Vaterstädtischen erhielten 1901 520, diesmal 769 geschlossene Listen. Dieser unser Erfolg in diesem fast rein Vaterstädtischen Bezirk ist um so höher anzuschlagen, wenn man in Erwägung zieht, daß von 1899 auf 1901 sich die Zahl der für uns abgegebenen geschlossenen Listen sogar von 167 auf 151 verringert hatte, weil gerade in den Jahren von 1901 eine ziemlich starke Abwanderung von Arbeiter-Wählern nach den anderen Vorstädten stattgefunden hatte. Die Vaterstädtischen werden sich vielleicht darauf berufen, daß wir den Stimmenanteil von 82 im Jahre 1901 für die Bürgerrechtsvereiner abgegebenen Stimmen geschuldet hätten. Das würde aber eine grobische Täuschung sein. Die Erfahrung hat überall genügend gezeigt, daß von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die Bürgerrechtsvereiner sammt und sonders wiederum „rechts um lehr“ in das Vaterstädtische Lager abgewandert sind. Der handgreiflichste Beweis dafür ist, daß wir auch in diesem Bezirk fast nur geschlossene Listen erhielten; nur hier und da hatte einmal ein bürgerlicher Wähler sich veranlaßt gesehen, einen ihm nicht genehmen Namen auf der Vaterstädtischen Liste zu streichen und durch den Namen unserer Genossen Th. Schwarz oder auch P. Bape und Th. Bartels zu ersetzen. Kurz und gut: wir haben den Erfolg einzig und allein unserer eigenen Kraft zu verdanken.

Wie in den drei anderen Quartieren, so war auch im Johanns-Quartier die Wahlbeteiligung überaus rege. Der Vaterstädtische Verein that wiederum, obwohl sein Sieg im Voraus feststand, sein Neuestes um säumige Wähler heranzuschleppen; zudem hatte er auch überall im Quartier Plakate anhängen lassen, um an die Wahl zu erinnern. Im Ganzen übten von den 1412 eingetragenen Wählern 1156 ihr Wahlrecht aus, gegen 938 bei 1301 Wahlberechtigten im Jahre 1901. Die Wahlbeteiligung stieg also von 72 Proz. auf über 81 Proz.

Die einzelnen Kandidaten erhielten Stimmen:

Vaterstädtischer Verein:

Stiller, E. W., Bankdirektor	869
Oldenburg, H. A., Buchdruckereibesitzer	864
Bernstein, F. A., Privatmann	851
Lau, F. G., Kaufmann	849
Spindelhahn, P. N., Kaufmann	846
Heinsohn, W. A. B., Malermeister	842
Mollwo, L. W. H., Prof. für	838
Siewert, F., Dr. phil., Syndikus	832
Schneider, A. H. G. F., Staatsanwaltschaftssekretär	810

Sozialdemokratische Partei:

Schwarz, Carl Theodor, Geschäftsführer	319
Bape, P., Geschäftsführer	286
Bartels, Th. Fr. C., Obermüller	284
Wittfoot, C. H. F., Zigarenfabrikant	279
Büger, J. S. A., Kassierer	277
Reppenhausen, F. H., Kassenbeamter	277
Effinger, C. B., Expedient	276
Leete, F., Gastwirt	276
Bruno, G. W., Schneider	274

1901 hatte die Höchstzahl der für unseren Genossen Theodor Schwarz gezählten Stimmen 188 bei 151 geschlossenen Listen betragen, während die Genossen Becke und Reppenhausen nur je 154 erhalten hatten. Der durchschnittliche Stimmenzuwachs für uns beträgt also 120, und entspricht ungefähr dem Anwachsen unserer geschlossenen Listen. Einige wenige Stimmen zerplitterten sich auf verschiedene Quittbücher. Ein Zettel war mit so häßlichen und beleidigenden Bemerkungen versehen, daß der Wahlvorsteher, Herr Bankdirektor Stiller, von seiner Verlesung Abstand nahm und ihn gleich für unglücklich erklärte.

In einem weiteren Artikel werden wir noch die Schlußsumme aus den diesjährigen Bürgerchaftswahlen zu ziehen versuchen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 29. Juni 1903.

Das „vergnügungssüchtige Volk“ wandelte gestern in großen Scharen zu den Bahren und in die nähere Umgebung hinaus, um dort einmal ein paar frohe Stunden zu verleben. Das „Volk“ war so vergnügungssüchtig, daß es die Stabstimmens förmlich belagerte, um hier ein Blüthen zu ergattern. Theilweise stieg die Vergnügungssucht sogar so weit, daß das Lanzbein geschwungen wurde. Das ist in den Augen mancher Herren einfach schrecklich. Würde jedes Tänzerpaar pro Tanz 1 Mk. an die Staatskasse abführen, dann ließe man sich die Sache schon eher gefallen, denn dann brächte sie doch wenigstens ordentlich etwas ein. Bei diesen lumpigen paar Mark Vergnügungssteuer aber ist das Tanzvergnügen für den Staat nicht rentabel genug. Nun, die Revision der Luftfahrtssteuer wird hier schon Wandel schaffen. Dann aber wehe Euch, Ihr Tänzer und Tänzerinnen, wehe Dir, Du sehr vergnügungssüchtiges Volk! Lübeck!

Bemerkung wird seit Donnerstag Nachmittag der Reiferstraße 18 wohnhafte 55jährige Heinrich Abraham. Derselbe war mit braunem Anzug und Dienstmütze der Lübeck-Büchener Bahn bekleidet. Etwaige Mitteilungen über den Vermissten, der zuletzt in Schwartau gesehen worden ist, werden von den Angehörigen erbeten.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Am Montag Abend findet in der Bauhütte eine Monatsversammlung statt. Außer der Berichterstattung über die Bundesversammlung, stehen Sommerfest und Wanderungen zur Verhandlung.

Das St. Johannis-Jungfrauenkloster, ein Stück Alt-Lübeck, wird zum größten Theile in den nächsten Tagen dem Erdboden gleich gemacht sein. Die zwecks Durchführung der Johannistrasse zum Kanal notwendigen Abbrucharbeiten schreiten rüstig vorwärts.

Vom nationalen Schwein. Unter dem Schweinebesitzer des Mühlenbesizers Siemers, Karlstraße 67, ist der Ausbruch der Schweinepest amtlich festgestellt worden. Der Schweinebestand ist unter Sperre gestellt.

Aus dem Gerichtssaal. Der Maurermeister W. und der Holzer B. waren angeklagt, gegen die Regeln der Baukunst verstoßen zu haben. Bei einem von W. in der Bahnhofsstraße auszuführenden Bau sollen alte Brandmauern, die zum Theil sehr schlecht waren, verwandt worden sein. Ferner sollen neue Mauern auf einem aus Erde und Steinbrücken bestehenden Grund gesetzt worden sein. Hier ist auf Veranlassung des Baukontrolleurs ein neues Fundament geschaffen worden. W. erklärte, unschuldig zu sein, er sei verzeiht gewesen und hätte dem Holzer die Verantwortung übertragen. Der Staatsanwalt beantragte Freisprechung, da die event. Gefahr noch rechtzeitig verhindert worden sei. Die Strafkammer verurtheilte jedoch die beiden Angeklagten zu 100 resp. 30 Mark Geldstrafe. — Wegen fahrlässiger Brandstiftung hatte sich Johann der Arbeiter K. zu verantworten. Derselbe soll dadurch, daß er die Laterne nicht genügend verschlossen hatte, die Explosion in der Weinstellerei der Firma Lorenz Farms u. Söhne herbeigeführt haben. Da sich nun nicht hat feststellen lassen, ob hierdurch die Explosion entstanden ist, wurde der Angeklagte antragsgemäß freigesprochen.

Der Bau eines großen Vergnügungsetablissemments ist, wie wir kürzlich bereits mittheilten, beschlossene Sache. Nunmehr ist am 27. Juni in das Handelsregister folgende Eintragung gemacht worden: Firma Stadthallen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz in Lübeck. Der Gesellschaftsvertrag ist am 22. Juni 1903 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Vergnügungsetablissemments auf den Grundstücken Mühlenbrücke 7a, 9, 11 und 13. Das Stammkapital beträgt 80.000 Mk. Die Geschäftsführer sind: 1. der Kaufmann W. G. Schröder, 2. der Architekt G. F. J. Hunau, 3. der Maurermeister G. W. H. Wegner, sämmtlich in Lübeck.

Die Produktentörze, von deren Errichtung wir fr. St. Notiz nahmen, soll am 1. August ds. Js. eröffnet werden. Dieselbe wird abgehalten an jedem Mittwoch und Sonnabend von 11^{1/2}—11^{1/4} Uhr in den Räumen der Börse und bildet einen Theil der allgemeinen Börse. Die Aufsicht hat die Handelskammer, die Oberaufsicht der Senat. Zur Leitung ihrer eigenen Angelegenheiten erhält sie einen eigenen Vorstand, der wie folgt zusammengesetzt sein soll: 1) aus drei Vertretern des Handelsstandes nebst einem Stellvertreter, die von der Handelskammer alljährlich aus dem Kreise ihrer Mitglieder gewählt werden; 2) aus zwei Vertretern der Landwirtschaft und zwei Stellvertretern derselben, die von dem Landwirtschaftlichen Verein in Lübeck nach einer vom Senate zu bestimmenden Anweisung in den Vorstand entsandt werden; 3) aus einem Vertreter der Getreidemüllerei oder eines anderen mit dem Geschäftsverkehr an der Börse in Beziehung stehenden Industriezweiges, sowie einem Stellvertreter desselben, die vom Senate ernannt werden.

Mit dem Bau der Volksfesthalle ist bereits am Sonnabend begonnen worden.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein in einem hiesigen Hotel bedienstetes Zimmermädchen wegen zweier schwerer Diebstähle.

pb. Wieder angefaunden. Das als gestohlen gemeldete Boot hat sich an den Vorwerter Wiesen in beschädigtem Zustande wieder angefaunden.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Gedorf, der wegen schweren Diebstahls seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft verfolgt wird.

Lauenburg. Sehr gemüthlich ging es bei der Wahl in einem unserer Landorte her. Die Stichwahl war dort schon um 12 Uhr Vormittags beendet, da sämmtliche 33 Wähler des Bezirks gewählt hatten, und zwar, wie sich später herausstellte, 17 Lesche und 16 den Grafen Bernstorff. Am 16. Juni waren fünfzehn Stimmen für Lesche und 16 für die Gegner abgegeben worden. Zwei Arbeiter, die am 16. Juni krank waren, wählten am 25. Juni Lesche. Nachdem am Donnerstag die Wahl um 11 Uhr Vormittags beendet war, wurde gemeinsam gefestigt.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Former und Kernmacher der Siederei von

Wollert und Merkel in Kiel, 13 an der Zahl, haben sämmtlich wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Der Veruch, die Sache auf gutlichem Wege zu schlichten, ist in Folge der ablehnenden Haltung der Firma gescheitert. Bezug von Formern und Kernmachern nach Kiel ist streng fernzuhalten. — Den Kieler Stukkateuren ist es gelungen, mit ihren Arbeitgebern einen bis zum 1. Oktober 1905 währenden Lohnvertrag abzuschließen. Dem Vertrag sind die bisherigen Lohnverhältnisse der Stukkateure zu Grunde gelegt. Nur für selbstständig arbeitende Gehäfen in Werkstätten wurde der Lohnsatz von 550 Mk. auf 6 Mk. pro Tag erhöht. — Ganz plötzlich nach nur kurzem Krankenlager ist in Gesehmünde unser alter und bewährter Genosse Friede verstorben. Mit ihm verlieren die Gesehmünder einen treuen, eifrigen, langjährigen Anhänger unserer Sache.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der Matrose Messerschmidt vom Schulschiff „Stein“, der am Mittwoch in Kiel in zweiter Instanz wegen häßlichen Angriffs auf den Fähnrich z. S. v. Abel zu vier Jahren Gefängnis verurtheilt wurde, hat auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet und seine Strafe angetreten. — Das Schwurgericht in Kiel verurtheilte die Tuchmachersfrau Kühl aus Neumünster, die in der Trunkenheit ihren Mann mit einem Goldschmied erschlug, zu vierjähriger Zuchthausstrafe. — In Moidentin bei Wismar brannte die Mühle des Müllers Binzow Freitag Nacht vollständig nieder.

Hamburg. Die Schärmacher ruhen nicht! Wie das „Fremdenblatt“ meldet, hat am 25. d. Mts. eine Kommission der Baugewerksinnungen Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg, in Gemeinschaft mit den Vertretern anderer Innungen des Baugewerbes, über die Vorschläge berathen, die einer in Kürze bevorstehenden Hauptversammlung für die Stellungnahme zu der Lohnbewegung und den partiellen Streiks der Gesellen unterbreitet werden sollen. Die beschlossenen Vorschläge sollen auf eine allgemeine Aussperrung sämmtlicher Bauhandwerker abzielen.

Kiel. Ein wohl einziger da stehendes Wahlvorkommniß ereignete sich in dem Orte Bockelholm im Wahlkreise Kiel. Dort wurden nämlich die Wahlkouriers und Stimmzettel verbrannt. Der Grund war folgender: Es gelangte durch ein Versehen in die Wahlurne ein Umschlag mit dem Stimmzettel eines zur Wahl Erschienenen, der nicht in die Wählerliste eingetragen war. Der Wahlvorstand beschloß, die abgegebenen Umschläge und Stimmzettel sammt und sonders zu verbrennen und die Wahlhandlung von Neuem zu beginnen. Die bereits erschienenen Wähler wurden wieder herangeführt. — Eine ausgefüllte Lücke. Den Anstrengungen unrer Genossen ist es gelungen, noch zwei Schleswig-holsteinische Wahlkreise, Lauenburg und Flensburg-Wpenrade, zu erobern. In jenem muß der seitherige konservative Abgeordnete Graf Bernstorff unsern Parteigenossen Lesche, in diesem der seitherige antisemitisch-höndlerische Abgeordnete Raab unsern Parteigenossen Wahlkreise weichen. So haben denn nunmehr fünf Schleswig-holsteinische Wahlkreise eine sozialdemokratische Vertretung im Reichstage. Die seither zwischen den eng aneinandergeschlossenen drei Hamburger Wahlkreisen, sowie den Wahlkreisen Altona-Stor- und Ottensen einerseits und Lübeck andererseits bestandene Lücke ist ausgefüllt: der Wahlkreis Lauenburg hat sich eingegliedert in diese Domäne der Rothen, so daß dieselbe nunmehr sieben Wahlkreise in geschlossener Gliederung umfaßt. — Wegen der Wahl eines Sozialdemokraten in Kiel hatte die Kieler Werk, nach einer Meldung von „Lassans Bureau“, beabsichtigt, das aus Anlaß des Stapellaufs des Kanzers „Erzaj Kaiser“ geplante Fest ausfallen zu lassen. Mit Rücksicht auf die bereits gemachten großen Aufwendungen jedoch wurde die Abhaltung des Festes dennoch beschlossen. Es wäre auch gar zu schrecklich gewesen, wenn das Fest ausgefallen wäre. Dann hätten die Arbeiter 1903 ganz bestimmt aus Neue über ihre „ruchlose That“ den Ordnungskandidaten gewählt.

Saderleben. Flüchtling geworden ist von hier seit Mittwoch die Ordmann des hiesigen Melbeamts, Gefreiter Christian Thomsen aus Flensburg. Um sich für seine Flucht mit den nöthigen Mitteln zu versehen, sählte er, wie die „Schl. Grp.“ mittheilt, einen Hypothekenbrief auf 3500 Mk., lautend auf den Namen des Hotelbesizers Scharstein in Kappel, auf welche Urkunde ihm dann, da die Sicherstellung vorzüglich erschien, 1000 Mark von der Kreditbank in Flensburg verschafft wurden. Damit er völlig sicher ginge, hatte er sich einen Konto-Auszug der Flensburger Kreditbank angefertigt, der ihm angeblich von dort zugesandt worden sein soll. Der ganze Schwindel stellte sich aber heraus, als die 1000 Mk. von der Flensburger Bank hier zur Deckung des Wechsels verlangt wurden, denn der Bank war ein Christian Thomsen gänzlich unbekannt. Thomsen ist, nachdem er das Geld am Nachmittag empfangen hatte, Abends in Bivul mit dem Zug 10.15 Uhr über Kolbing nach dem Norden abgereist, wobei er hier eine Anzahl Gläubiger zurückließ, die mehr oder minder geschädigt werden.

Rostock. Zum Kapitel: „Geheime“ Wahl gehen der Mecklenb. B.-S. täglich Schilderungen zu, die darthun, mit welcher Dreiligkeit die Herren Rittergutsbesitzer und deren Handlanger sich über die Geheimhaltung des Wahlaktes bei den Reichstagswahlen hinwegsetzen. Eine solche Schilderung geben wir nachstehend wieder: In Alt-Sührkow bei Leterow, einem dem Kommerzienrath Abel aus Steffin gehörigen Gute, fand die Reichstagswahl in der Mittagsstunde statt. Auf dem Hausflur übergab der Inspektor den Wählern die konservativen Stimmzettel mit dem Bemerkten: „damit sie sich nicht verirren“. Nun hatten aber doch einige Wähler sich „vergriffen“ und steckten den Stimmzettel des sozialdemokratischen Kandidaten Lorenz in die Kouriers. Letztere wurden in einer Suppenscheffel der Reihe nach aufeinander gelegt! Unter Denjenigen, welche den „rothen“ Zettel mit abgegeben hatten, befanden sich auch zwei sogenannte fremde Arbeiter, die im Lagenlohn arbeiteten, und einer, der auf der zum Gute gehörigen Ziegelei beschäftigt war. Zu Letzterem hatte schon der Herr Inspektor, Hans Sudow, Reutnant der Reserve, gesagt, als er sich überzeugte, daß er auch in die Wählerliste eingetragen war: „daß Sie Bruder mit aber nicht „Sozialwähler“! Die beiden fremden Arbeiter sind auf dem Gute zwei Jahre beschäftigt. Am Dienstag Abend wurde nun dem Ziegeleiarbeiter von Seiten des Meisters die Mittheilung, er müsse ihn sofort entlassen, warum? wüßte er ja.“ (1) Die beiden anderen Arbeiter wurden ebenfalls denselben Abend vom Inspektor entlassen. — Aus dem Wahlkreise Barchim-Indwigsflust wird mitgetheilt, daß der Wahlvorstand eines Gutsbezirks, als er 64 Stimmzettel für Grasse in der Urne fand, diese Zettel verbrannte und eine „neue Wahl“ vornahm, bei der die 64 sozialdemokratischen Stimmzettel durch 64 konservative ersetzt wurden.

Schwetzn. Unter dem Banner des Döfse Kopfes. Die Schule in Weierdorf ist seit dem 1. Oktober v. J. ohne Lehrer. Die Dorfbewohner weigerten sich mit Recht, trotz ministerieller Anordnung ihre Kinder in die Schule zu

Dresdner zu schicken, und erhielten deshalb von der zuständigen Behörde Strafbefehle. Die Beantragung gerichtlicher Entscheidung führte dazu, daß die Schweriner Strafkammer sämtliche Angeklagte verurteilte, weil sie dem großherzoglichen Ministerium den Gehorsam verweigert hatten. Nach achtmönatigen Ferien müssen die Meierstorfer Kinder die Dreifächer Schule besuchen. Die eigene Schule bleibt ohne Lehrer. Kulturaufgaben leiden bekanntlich in Deutschland nicht.

Strelitz. Von unserer herrlichen Sozialgesetzgebung. Daß die Invalidenrente zum Verhängnis zu hoch und zum Saitwerben zu niedrig ist, erweist man aus folgender Meldung: Am verflochtenen Mittwoch beging das kleinste weibliche Wesen unserer Stadt, die unverheiratete Karoline Kahlmeier, die nur 1,20 Meter mißt, also etwa nur die Größe eines Säuglings Kindes hat, ihren 70. Geburtstag. Früher war sie in verschiedenen Tabakfabriken lange Jahre thätig. Mit dem Alter jedoch wurde diese Thätigkeit ihr zu schwer. Mit dem Alter jedoch Invalide ngeld für sie zum Leben nicht ausreichend, so erwidert sie mühsam durch Stricken ihren Lebensunterhalt. — Kommentar überflüssig!

Lüneburg. Nationalliberale Wahlmache. Am Abend vor der Wahl ist in den „Lüneburgischen Anzeigen“ und im „Tageblatt“ folgendes zweifelhaftes Inserat erschienen:

Wähler von Emil Fischer! Wählt in der Stichwahl Dr. Jänede, der fest zugelegt hat, für die Aufrechterhaltung des geltenden Reichstagswahlrechts einzutreten und die Broddüle nicht über die Regierungsvorlage zu erhöhen. Mehrere Gleichgesinnte.“ Daß dieses Inserat, das auf den Stimmengang zugeschnitten ist, ein unlautes Kampfmittel ist, steht außer Zweifel. Diese „Gleichgesinnten“ sind ohne Zweifel in der nationalliberalen Partei zu suchen. Diese Herren haben noch nie zu den Gleichgesinnten unseres Genossen Fischer gehört. Würde letzteres der

Fall sein, so hätten sie in der Parteiversammlung auch den Muth gehabt, ihre Ansicht zu äußern, oder sie hätten sich dem Beschlusse der Parteiversammlung. Gleichgesinnte des Genossen Fischer werden nie und nimmer die „Lüneburgischen Anzeigen“ sowie das „Tageblatt“ als Sprachrohr benutzen. Das Wahlkomitee hat sofort Maßregeln ergriffen, den Schwindel als solchen zu kennzeichnen. Inwieweit dieser Wahlbetrug zu der Wahl des Dr. Jänede beigetragen hat, ist nicht festzustellen.

Oldenburg. Was ist denn nun wahr? Bekanntlich ging i. Zt. durch die Presse die Mittheilung, daß auch die Oldenburger Regierung im Bundesrath gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes stimmen werde. Nunmehr wird aus angeblich guter Quelle versichert, daß die oldenburgische Regierung im Bundesrath doch für Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes stimmen werde, obwohl das Großherzogthum 77,5 Proz. evangelische und nur 22 Proz. katholische Einwohner hat. Dieser letztere Standpunkt der Regierung könnte, wenn er wirklich die Billigung der Regierung findet, nur gutgeheißen werden.

Beste Nachrichten.

Görlitz. Familiendrama. Der nervenfranke Schlosser Böhme ermordete Sonnabend früh mit einem Messer zwei seiner Kinder im Alter von 12 Wochen und einem Jahr. Darauf fürzte er sich aus dem dritten Stockwerk auf die Straße und war sofort todt. Ein ebenfalls im Zimmer anwesendes drittes Kind, im Alter von fünf Jahren blieb unverletzt. Die Ehefrau war ausgegangen.

Memel. Vom Sturm überrascht wurde am Freitag eine Fischerflottille von 60 Booten aus Melneraggen bei Schwarzort. Es gelang den Fischern noch, ihre Boote auf den Strand zu setzen. Das Boot des

Fischers Martin Hermann kenterte jedoch, wobei Hermann und ein Fischerknecht den Tod in den Wellen fanden. Zwei Boote und drei Mann werden noch vermißt.

Torgau. Das Schwurgericht verurtheilte den Gutsbesitzer Barth wegen verübten Gattenmordes zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus und den Arbeiter Swanzig wegen desselben Verbrechens zu 10 Jahren Zuchthaus.

Leipzig. Selbstmord. Der Chef der großen Eisen- und Stahlwarenfirma Düntzelburg hat sich erschossen. Er wurde in einer städtischen Waldung todt aufgefunden. Die Ursache des Selbstmordes steht noch nicht fest.

Braunschweig. Tödtlich verbrüht. Im herzoglichen Krankenhaus hat sich die vierjährige Ida Pfeifer beim Baden tödtlich verbrüht. Das Kind drehte in Abwesenheit der Wärterin den Heizwasserhahn auf.

Krefeld. Von Wilderern erschossen. Bei dem Grenzorte Wellis wurde laut „Niederrh. Volksztg.“ der Jäger Schroers von einem Wildbiede erschossen. Der Thäter ist bereits in Bochum verhaftet worden. Es ist der Besenbinder Jakob, ein Holländer. Er hat die That eingestanden.

Zürich. Ein schweres Lawinunglück hat sich im Gotthard-Gebiet ereignet. Wie aus der Val Piora gemeldet wird, wurden am Freitag Nachmittag am Viz Blas zwei Lehrer und 16 Schüler des Kantonal-Gymnasiums auf einem Ausflug von einem Lawinensturz überrascht. Dabei wurden Professor Gröbli und zwei Gymnasialisten getödtet, während Professor Bodoz und ein Gymnasialist schwer verletzt sind. Drei Gymnasialisten sind leicht verletzt, vier befinden sich gesund in Piora, sechs gesund in Sedrun. Die Verletzten und die drei Leichen sind nach Piora gebracht worden, wo auch zwei Aerzte eingetroffen sind.

Der Neuzeit entsprechend eingerichtet

Der Neuzeit entsprechend eingerichtet

Neu renovirt! Hansa-Halle Jub.: **Heinr. Lüth** Lübeck. **Neu renovirt!** Finkenb. Aller 100—104.

Spezial-Ausschank der Hansa-Brauerei. * Grosser Konzert- und Ball-Saal, Garten, Kegelbahn.
Angenehme Restaurations-Räume, sowie geschlossene Veranda, passend f. kleinere Gesellschaften.

Jeden Sonntag: Grosses Konzert mit nachfolgendem Kränzchen.
Haltestelle der elektrischen Straßenbahn. **Ferunf Nr. 161 (Hansa-Brauerei.)**

NB. Mittwoch, d. 1. Juli 1903 Waisenkinderfest Gr. Konzert Tanz im Saal. im schattigen Garten, sowie

Neu renovirt! Anfang 4 Uhr. Eintritt frei! Bester Anhalt für Familien. Neu renovirt!

Die Geburt eines kräftigen Mädchens zeigen an
H. Möller und Fran, geb. Ebermann.

Ein freundl. Logis zu vermieten.
Brüderstraße 21, II.

Gutes Logis für 3 junge Leute
Krämerstraße 12.

Zu vermieten kl. Etage-Wohn.
für einzelne Leute. Preis 110 Mk.
Höhres Weberstraße 12.

Gefucht ein Mädchen, welches Oftern die Schule verlassen u. zu Hause schlafen kann, für Nachmittags resp. den ganzen Tag
Marktstraße 32a.

Für Musiker! Ein sehr gut erhalt. Waldhorn mit ein. Celes umständelhalber sehr billig zu verkaufen.
Chausseestraße 12, 2. Stg.

Hyren reitigen . 1,50
federn einsehen . 1,50
1 Jahr Garantie.
Hygalester 1. Qual. 0,30
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Süßstraße 32.

Zurückgekehrt
Schuhwaaren
verkauft zu und unter Einkaufspreis
Carl Freitag, Fischergrube 33.

Empfehlungs-Karten
Die Druckerei des Ldb. Volkshoten.

Ein Zugänger
zu verkaufen
F. Krüger, Stofelsdorf.

Ohringe werden vom Dienstag den 7. Juli wieder eingekauft.
Fran E. Hannemann, Marieegrube 6 parterre.

Spar-Klub Unter Uns.
General-Versammlung
am Donnerstag den 2. Juli
Abends 8 1/2 Uhr
bei F. Lecke, Lederstrasse 3.

Geschäfts-Gründung.
Den geehrten Einwohnern von Lübeck und insbesondere meiner werthen Nachbarschaft zeige hiermit ergebenst an, daß ich am 1. Juli d. Js. in meinem neuerbauten Hause
Warendorpstrasse 36
eine Bäckerei und Konditorei eröffnen werde.
Es wird mein eifriges Bestreben sein, allen Wünschen der mich Bechrenden gerecht zu werden und mir deren Vertrauen zu erwerben.
Ich bitte um eine wohlwollende Unterstützung meines jungen Unternehmens.
Hochachtungsvoll
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.

Verband der Hafenarbeiter. Sektion Schauerleute.
Sommer-Fest
bestehend aus großem Garten-Konzert, Damen- und Kinderbelustigungen,
von 8 Uhr an: **Grosser Ball**
am Sonntag den 5. Juli 1903
im Lokale des Herrn Frahm, „Concordia-Garten“.
Anfang des Konzertes 4 Uhr. Damen- u. Kinderbelustigung v. 4—8 Uhr.
Entree 60 Pfg. **Ende 2 Uhr.**
Das Comitee.

Immer mehr
Anerkennung und Eingang finden unsere
Flaschenmilchprodukte,
genau im Sommer bei heißer Witterung ist Milch das gesündeste Getränk
gegen den Durst.
Wir empfehlen:
Trinkmilch, leicht, bekanntheit als beste Milch für Säugling, Kind, Kranken, Konno und Bespant, 2 Hl. 10 Pfg.
Sana, hergestellt unter ärztlicher Kontrolle (hauptsächlich mit Sauermilchbakterien) als Nahrungsmittel für Magenkranken, sowie für Jedermann sehr gesund, 2 Hl. 10 Pfg.
Milchkakao, nahrhaft, wohlschmeckend, 2 Hl. 10 Pfg.
Milchsekt, Brauermilch mit Fruchtgeschmack und Aroma für Kinder und Erwachsene, deren der Wohlgeschmack noch nicht zerlegt, 2 Hl. 15 Pfg.
Lieferung frei Haus durch unsere 16 Verkäufer: auch erhältlich in unseren 10 Filialen.
Hansa-Meierei Lübeck.
(Abtheilung Flaschenmilch.)

Deutscher Metallarbeiterverband
(Zahlfelle Lübeck.)
Hierdurch machen wir die Kollegen auf die am **Sonnabend den 4. ult.** Mitt. stattfindende **Mitgliederversammlung** aufmerksam.
In dieser Versammlung sollen etwaige Statuten unserer Kezelschaft sowie die Regulirung der Unterstützungsgänge festgelegt werden. Wir ersuchen die Kollegen, diesbezügliche Anträge bis zum 2. u. R. Abends im Bureau möglichst schriftlich einzureichen.
NB Die Vertrauensmänner werden ersucht, am Donnerstag den 2. u. ult., Abends präzise 9 Uhr, in der Sitzung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Brautkränze werden exakt und preiswerth gebunden von
E. du Bois, Kunstgeschäft,
Moissinger Allee 16.

G. V.
Morgen Dienstag, Abds. 8 1/2 Uhr.
Konzerthaus Lübeck
Sommer-Variété.
Täglich
! Verera!
u. d. 10 neuen Attraktionen.
Anfang 8 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur für den geistlichen Theil der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Umgegend“, sowie der von J. St. geleiteten Artikel und Notizen: **Otto Friedrich.**
Verantwortlicher Redakteur für die Sektion „Lübeck und Umgegend“, sowie die mit J. St. geleiteten Artikel und Notizen: **Johannes Stellung.** — Verleger: **Theodor Schwarz.**
Druck von **Friedr. Meyer & Co.** — Druckerei in Lübeck.

Vom Chamberlainismus.

In der soeben erschienenen Juni-Nummer der „Deutschen Wirtschaftspolitik“ veröffentlicht der Geschäftsführer des Handelsvertragsvereins, Dr. Borgius, einen längeren Aufsatz über die neue zollpolitische Bewegung zur Herstellung eines britischen Reichszollverbandes. Er schildert eingehend die Vorgeschichte dieser Bewegung seit Anfang der achtziger Jahre, ihre Entstehung aus zwei verschiedenen Wurzeln: der politischen (in Gestalt des von der „Imperial Federation League“ erstrebten engeren Zusammenschlusses zwischen Kolonien und Mutterland) und der wirtschaftlichen (in Gestalt der von der „National Fair Trade League“ erstrebten Umwälzung des Freihandels in eine Art Schutzollpolitik), ihre Verschmelzung seit Anfang der 90er Jahre, und das neuere Emporkommen dieser Strömung Dank der Unterstützung Chamberlains, der sich zu ihrem Führer aufwarf und das nun präzise herausgearbeitete Ziel des Reichszollverbandes mit zäher Energie verfolgte.

Sein Plan ist offenbar gewesen, zuerst durch Inanspruchnahme britischer Gegenvergünstigungen, die er schon durchsetzen werde, die Kolonien zu freiwilliger Gewährung von Vorzugszöllen zu bewegen, und nunmehr, nachdem ein solcher praktischer Fall vorliegt, dem Mutterland vorzuhelfen, wie unverantwortlich undankbar es sein würde, dies aus eigenem Initiative hervorgegangene Entgegenkommen der Kolonien unerwidert zu lassen, und wie unklug, diese so günstige Gelegenheit zur Konsolidierung des Reiches unbenuzt zu lassen.

In der Regierung selbst ist Chamberlain offenbar anfänglich auf lebhaften Widerspruch gestoßen. Und fast hat es den Anschein, als wäre Chamberlains Rede nur gehalten, um den schlechten Eindruck zu verwischen, den die Aufhebung des Kornzolls, diese wortlose Dekavonierung etwaiger Chamberlainischer Versprechungen, in den Kolonialkreisen gemacht hatte. Gleichzeitig aber bedeutete sie zweifellos einen Appell an die Öffentlichkeit, ein Mobilisieren der Wählermassen, durch welche er seine geschwächte Stellung im Kabinett zu stärken, die Regierung zu beeinflussen und für das „new chapter in our Imperial history“, wie er die von ihm inaugurierte Politik stolz bezeichnet, einen hinreichenden moralischen Rückhalt zu gewinnen suchte — ein zäsurisches Ausspielen des „Volks“ gegen seine Mitregierenden. Daher sein neuerliches Lieblingen mit der Arbeitererschaft: das leuchtige „Antwortschreiben an einen Arbeiter“, die Verquickung der old age pensions (Altersrenten) mit den Schutzzöllen, — frei nach dem Muster des Zentrums in Deutschland.

Ob er damit Glück haben wird, steht freilich dahin. Im Allgemeinen ist er bei der Arbeitererschaft unpopulär, abgesehen vielleicht von seiner eigenen Stadt Birmingham. Eher scheint er in industriellen Kreisen einigen Anklang zu finden; wenigstens haben sich schon zwei Organisationen gebildet, die „Protectionist League“ unter Führung des Schutzöllners James Lowther und die „Tariff League“ unter Leitung des obengenannten Publizisten Williams, welche sich die Förderung seiner politischen Ziele zur Aufgabe gemacht haben.

Jedenfalls wäre aber ein eventueller Sturz Chamberlains über dieses Projekt nicht gleichbedeutend mit dem Verschwinden dieser Bestrebungen an sich, im Gegenteil, wenn er jetzt aus dem Kabinett ausscheidet, so verliert er zwar erheblich an persönlichem Einfluß in der Regierung, gewinnt aber desto mehr freie Hand für die persönliche Wirksamkeit als unabhängiger Politiker und dürfte sogar sich voraussichtlich alsdann mit noch größerem Eifer der weiteren Befolgung seines Projektes widmen. Als Mitglied des Kabinetts, im Bügel gehalten durch das Schwergewicht seiner Kollegen und die unvermeidlichen Rücksichten auf die praktischen politischen Verhältnisse, würde er nach Verlust seiner Stellung aller Wahrscheinlichkeit nach mit ebenso

großem Geschick wie Erfolg die Rolle eines politischen Märtyrers spielen, dessen hochfliegende Ideen an dem jähen Widerstand egoistischer Interessen gescheitert sind, und bekanntlich ist „sanguis martyrum semen ecclesiae.“ (das Blut der Märtyrer die Saat der Kirche.)

Für uns besteht die Hauptgefahr darin, daß der Reichszollverband zu einem Hebel der Schutzollpolitik an sich in England würde. Der Reichszollverband ist die einzige Form, in welcher England überhaupt schutzöllnerisch werden kann. Zerplittert er an den harten Interessengegensätzen der Wirklichkeit, so bleibt nicht nur England selbst für den Freihandel erhalten, sondern hat nunmehr auch das dringende Interesse daran, den Geist des Imperialismus und der Schutzöllpolitik in der ganzen übrigen Kulturwelt niederzuwerfen und wird sich sicherlich alle Mühe geben in dieser Hinsicht als handelspolitischer Sauerreiß zu wirken. Endet dagegen der Kampf für einen britischen Reichszollverband siegreich, so hat damit der Grundgedanke des modernen Hochschutzöllnerthums: die Abschließungspolitik, das Ideal der „wirtschaftlichen Selbstständigkeit“, einen Erfolg erlangt, der nicht ohne Rückwirkung auf andern Staaten bleiben dürfte.

Andererseits scheint mit dem Reichszollverband ein gewisser Präzedenzfall dafür gegeben, daß eine Ausdehnung der Meistbegünstigung durch besondere Vorzugsverträge zwischen einzelnen Ländern von den übrigen Kulturstaaten gebilligt wird, ohne daß diese den Vorteilen ihrerseits die Meistbegünstigung entziehen. Damit wäre aber die Hauptschwierigkeit auch für den alten Traum eines mitteleuropäischen Staatenkartells aus dem Wege geräumt und dieses, einerseits durch den Einfluß englischen Beispiels, andererseits als Reaktion gegen die daraus drohenden Gefahren seiner Verwirklichung vielleicht näher gerückt. Gleichzeitig wäre freilich die Gefahr bedenklich verstärkt, daß dieses europäische Staatenkartell nicht ein Bund zur Brechung des wirtschaftlichen Imperialismus in der übrigen Welt würde, unter welchem Gesichtspunkte wir ihm unsere Sympathie entgegen bringen könnten, sondern daß es — im Geiste des Antrags Schwerin-Löwis — ein Kartell des geeinten europäischen Hochschutzöllnerthums würde und gegen das Vorkommen eines etwas freieren Verkehrs innerhalb Europas die Erstgeburt der Herrschaft auf dem Weltmarkt entgeltlich verkaufte. Die ganze gegenwärtige Konstellation in England ist eine ernste Mahnung an die verantwortlichen Stellen des europäischen Kontinents, von jener verhängnisvollen Politik des Hochschutzes abzugehen, welche, wenn nicht die treibende Kraft, so mindestens das zugkräftigste und und erfolgreichste Beweismittel für den Chamberlainismus in England bildet.

Darin beruht ja die besondere Gefährlichkeit des Hochschutzöllnerthums, daß es seinem Wesen nach so außerordentlich anstößend wirkt: von einer Branche zur anderen und von einem Lande zum anderen. Dieser Gefahr kann streng genommen nur auf internationalem Wege begegnet werden. Es genügt deshalb auch nicht, daß in einem einzelnen Lande eine vorübergehende Agitation und Organisation der Gegerinteressen eintritt, wie gegenwärtig im deutschen Handelsvertragsverein. Bekanntlich haben sich anlässlich der neuen Hochschutzöllnerthums ja denn auch bereits in Italien sowie in der Schweiz ähnliche Organisationen gebildet. Selbst in der amerikanischen Union sammeln sich allmählich die der Zollpolitik abgeneigten vertragsfreundlichen Elemente; und in England entwickelt der Cobden-Klub neuerdings wieder eine große Rührigkeit. Wie in der Sozialpolitik die allenthalben bestehenden nationalen „Gesellschaften für Sozialreform“ eine gemeinsame internationale Organisation besitzen, könnte ein internationaler Verband von nationalen „Handelsvertragsvereinen“ überaus jenseitig wirken. Es können Zeiten kommen, wo es eine eminent nationale That wäre, sich über die Landesgrenze hinaus die Hände zu reichen zu gemeinsamer Bekämpfung der gemeinsamen Gegner, die unter der Maske einer angeb-

lich nationalen Wirtschaftspolitik das Fundament der nationalen Volkswirtschaft untergraben. Jedenfalls dürfen wir uns darüber keiner Illusion hingeben: Der Kampf um den Chamberlainismus bedeutet die Entscheidungsschlacht über die zukünftige Gestaltung der Handelspolitik nicht nur in England, sondern auch auf dem europäischen Kontinent.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Bei der Firma Neumann u. Sohn, Parkettgeschäft, Gerolfstraße 31 in Dresden haben die Arbeiter wegen zu niedriger Akkordlöhne die Arbeit niedergelegt. — Die Befürchtung, daß es in Düsseldorf zu der angekündigten Generalsperre über die sämtlichen Holzarbeiter kommen werde, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. In der jüngsten Sitzung des Einigungsamtes für das Holzgewerbe wurde zwischen den Arbeitgebern und den Vertretern der verschiedenen Arbeiterorganisationen über die strittigen Punkte eine Einigung erzielt. — Der Streik in der Bedburger Wollindustrie ist beendet; die Arbeit wurde bedingungslos aufgenommen. — In der Ennebethal-Sperre (Rheinprovinz) waren sämtliche Arbeiter in den Ausstand getreten. Der Grund hat in Lohnstreitigkeiten gelegen und in dem Verlangen, daß die Arbeiter ihre Waare ausschließlich in der Kantine kaufen sollten. Es ist den Arbeitern schließlich ein um einige Pfennige höherer Stundenlohn bewilligt und außerdem gestattet worden, ihre Waaren nach Belieben einzukaufen. Dieses wurde durch Anschlag in deutscher, italienischer und kroatischer Sprache bekannt gegeben. Die Arbeit soll deshalb auch alsbald wieder aufgenommen werden. — Nachdem am 15. Juni etwa 360 Bau- und Lösser und am 19. Juni 580 Gipsler die Arbeit eingestellt haben, sind Donnerstag in Stuttgart auch die Maler in den Streik eingetreten. Von den Unternehmern in den drei Berufen haben bisher nur wenige die Forderungen der Arbeiter bewilligt, dagegen ist ein großer Teil der Streikenden abgerückt, so daß begründete Hoffnung auf siegreiche Durchführung der Lohnkämpfe vorhanden ist.

Eine neue Arbeitslosenzählung, die bereits am 1. Juli stattfinden soll, ist vom Stuttgarter Gemeinderath bei den größeren württembergischen Gemeinden angeordnet worden.

Ein jugendlicher Wohnungsinspektor. Vom Magistrat in Hof ist der 23 Jahre alte Bauführer Lorenz Buser in Plauen zum Wohnungsinspektor gewählt worden. Ob ein Mann von der Jugend dieses Herrn das volle Vertrauen für ein so wichtiges Amt und genügend Erfahrungen dafür besitzt, muß fraglich bezweifelt werden.

Die Gründung eines Verbandes der selbstständigen Posamentiere in Deutschland ist nunmehr gesichert. Die Anregung dazu hat die „freie Posamentier-Innung“ in Leipzig gegeben. Man verspricht sich von der Gründung des Verbandes eine Verbesserung der ganzen gewerblichen Verhältnisse; gleichzeitig ist die Einführung einer Sterbefassen-Versicherung geplant. Innungsmitglieder haben nur einen Jahresbeitrag von 30 Pf. zu bezahlen, Posamentiere, die keiner Innung angehören, zahlen 1 Mk. Eintrittsgeld und pro Jahr 3 Mk. Beitrag.

Ueber die mangelhafte Kontrolle der Backstuben seitens der Gewerbeaufsichtsbeamten führen die Bäckerarbeiter Klage. Wenn man von dem kleinen Bezirk Sigmaringen absieht, in dem von 29 Bäckereien und Konditoreien 14 Betriebe kontrolliert wurden, wird die Kontrolle noch überall sehr mangelhaft durchgeführt, und in manchen Bezirken kann man von einer Beaufsichtigung überhaupt nicht sprechen. Im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. sind von insgesamt 1373 dem Gewerbeinspektor bekannten Bäckereien und Konditoreien nur sechs revidiert worden (0,44 v. H.).

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

50. Fortsetzung.

„Danke Ihnen, das kann ich selber, und in der Rolle steht doch wahrhaftig nicht, daß der Guldentern eine dicke Wacke hat!“

„Es ist ein Hofmann, warum soll ein Hofmann nicht ebenso gut eine dicke Wacke haben, wie ein anderer Mensch?“ rief der Direktor.

„Aber Rebe spielt ja den Guldentern — was ist denn mit dem los?“

„Der Rebe spielt den Hamlet — Sandor ist fort, Gott weiß wohin, hat sich wenigstens heut Abend nicht sehen lassen.“

„Rebe spielt den Hamlet?“

„Schreien Sie doch nicht so sehr, man hört ja jedes Wort draußen — und wenn der die Rolle übernommen hat, werden Sie doch wahrhaftig die paar Worte sprechen können!“

„Jetzt bill' ich aber zu grüßen, Rebe den Hamlet, da wird Meuser wohl als Geist debutieren.“

„Also Sie spielen?“

„Aber, bester Herr Direktor, der Rheumatismus ist mir in das Kreuz eingeschlagen und ich kann das linke Hinterbein nicht mehr mit fortbringen; ich hinke wie ein Svalde.“

„Es steht nirgends in der Rolle, daß Guldentern etwa nicht hinkt; hinken Sie in Gottes Namen, aber machen Sie jetzt, daß Sie in die Garderobe kommen und sich anziehen.“

„Na, das wird gut gehen, aber ich habe noch nicht einmal meine Rolle hier, und da fällt der Vorhang schon wieder.“

„Rebe hat sie, in Sandor's Garderobe, lieber Meier.“

„Zehn Thaler bar! so viel Spielhonorar haben Sie in Ihrem ganzen Leben noch nicht gehabt!“

„Das weiß Gott! Na, meinnetwegen!“ stöhnte Meier, „wenn es denn einmal auf meinen Ruin abgesehen ist, mir kann's recht sein! Und mit dem Kopf schüttelnd, begab sich der frisch geworbene Guldentern nach hinten und brummte unverständliche Verwünschungen über das verdamnte „Mimem“ in den Bart.“

Draußen wirkte Peters.

Raum war der Vorhang gefallen, als ein Paar riesige Hände zusammenschlugen und eine scharfe Stimme da capo! brüllte, Andere stimmten bei und das Parterre, leicht geneigt, einem solchen Beispiel zu folgen, fiel endlich, wenn auch nicht gleich in Uebereinstimmung, in den Beifall ein. Auch auf der rechten Seite des zweiten Ranges wurde der Ruf da capo laut, aber noch vereinzelt und von einer ganz unsichtbaren Stimme; aber der Vorhang zögerte, noch wieder anzugehen, und nun wurde das Publikum ungeduldig.

„Bellachini raus!“ schrien Einzelne — „da capo!“ tönte der Ruf wieder, „da capo!“ ging das Echo von da und dort, und als der Vorhang jetzt rasch in die Höhe rollte und das junge, reizende Mädchen mit einem wilden Sprung noch einmal auf der Bühne erschien, brach der Beifall stürmisch aus.

„Ruff!“ schrie der Direktor, der selber hinterher an die Orchesterleiter gelaufen war — „noch einmal anfangen — rasch!“

Alle Musici wiederholten die Worte — der Kapellmeister sah sich nach der Thür um und bemerkte das erhigte Gesicht seines Direktors, der Laffstock hob sich, und die Tänzerin, von der Musik überhaupt hingeworfen, begann noch einmal, während es jetzt von oben Kränze und Bouquets ordentlich niederregnete.

Krüger aber brach im Konversationszimmer auf dem Sopha zusammen und stöhnte:

„Und wenn ich so alt würde wie Methusalem, an dem Abend will ich denken!“

19.

Der Verlobungsabend.

Und wo war Sandor indessen? Er hatte den Nachmittag dieses Tages in fieberhafter Unruhe und Ungeduld verbracht, denn er stand an einem Wendepunkt seines Lebens, und die nächsten Stunden mußten entscheiden, ob es zum Guten oder zum Bösen neigen würde.

Liebt er Paula wirklich und aufrichtig? Er hatte an sein eigenes Herz noch nie die Frage ernst gestellt, denn er wußte, daß es keiner solchen Neigung fähig sei. Er liebte nur sich selbst; nur sein eigener Ehrgeiz, sein eigenes Wohl befinden fesselte ihn an, und das liebliche Grafentum mit einer halben Million im Hintergrunde reizte natürlich seine Begierden. Er merkte bald, daß er einen Eindruck auf sie gemacht; die Aufführung eines Liebhabertheatres bot ihm erwünschte Gelegenheit, ihr in einer Weise zu nahen, die ihm unter anderen Verhältnissen unmöglich gewesen wäre, und Paula, überhaupt feiner und schwärmerischer Natur, glaubte in ihm das Ideal ihres Lebens gefunden zu haben.

Daß er an Rang, Vermögen und Bildung tief unter ihr stand, achtete oder sah sie nicht; die Klagen des routinirten Liebhabers rührten ihr Herz und machten ihr Mitleid mit seinen erhenkelten Leiden rege. Die übermäßige und unvernünftige Strenge dabei, mit der sie von einer hartgesottenern Gouvernante bewacht wurde, reizte sie zum Widerstande, und sie vergaß sich zuletzt so weit, dem Geliebten heimlich Zusammentünfte zu gestalten.

Sie allerdings sah darin nichts Arges; ihr Herz hatte sich ihm so rein und voll hingeeben, so gut und lieb und brav erschien er ihr in allen Stücken, daß sie ihm auch mit

und in vielen anderen Bezirken sieht das Verhältnis nicht viel besser aus. Im Bezirk Aachen sind kontrolliert von 392 Betrieben 15 (1,27 v. H.), in Köln von 1177 16 (1,36 v. H.), in Koblenz von 498 7 (1,41 v. H.), in der Provinz Pommern von 2524 38 (1,51 v. H.), in Trier von 547 10 (1,81 v. H.), in Düsseldorf von 2103 54 (2,50 v. H.), in Kassel von 506 13 (2,57 v. H.). Leider kommt dann gleich der Bezirk Berlin mit Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf. Von 2074 bemerkten Betrieben wurden hier nur 59 kontrolliert (2,85 v. H.). In Berlin dürfte die geringe Kontrolle hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß die Aufsichtsbeamten mit anderen Arbeiten überlastet sind. In den Bezirken Münster, Wiesbaden, Breslau, Liegnitz, Magdeburg, Erfurt, Hannover, Aachen und Danabück schwankt die Zahl per kontrollierten Betriebe zwischen 3 und 5 v. H., im Potsdamer Bezirk, wo von insgesamt 2013 Betrieben 117 einer Inspektion unterzogen wurden, betrug der Prozentsatz 5,84. Von da ab steigt er langsam. In Merseburg und in der Provinz Posen betrug der Anteil der kontrollierten Betriebe 10 v. H., im Bezirk Hildesheim 13,07 v. H., in Ostpreußen 14,53 v. H., im Bezirk Arnberg 18,87 v. H., in Lüneburg und Stade 21,27 v. H., die meisten Kontrollen wurden abgehalten im Bezirk Minden, wo von 348 Betrieben 115 (33,05 v. H.) und in der Provinz Westpreußen, wo von 962 Betrieben 363 (37,73 v. H.) kontrolliert wurden. Unter diesen Verhältnissen kann es nicht verwunderlich klingen, wenn ein Gewerbeaufsichtsbeamter berichtet, daß in einer Stadt nicht ein einziger Betriebsinhaber die Bundesratsverordnung über die Regelung der Arbeitsverhältnisse kannte!

Eine Frau als Schiffarzt. Aus Marseille wird berichtet, daß sich eine junge Ärztin, Mlle. Sarah Broida, als Schiffarzt auf einem Dampfer hat anstellen lassen, der zwischen Marseille und Algier fährt. Es ist das erste Mal, daß eine Frau diesen Beruf ausübt. Außerdem haben sich noch 2 andere Damen um einen solchen Posten auf Dampfern beworben.

Oberlehrliches. Aus Reutheim wird mitgeteilt: Die Sozialdemokraten verteilten Dienstag Abend in Reutheim ein Flugblatt für die Stichwahlen, auf dem als Verleger das Arbeitersekretariat angegeben war. Wegen dieses Verlebens nahmen Schulleute den Verteilern die Blätter ab. Trotzdem verteilte Dr. Winter, der Kandidat für die Reichstagswahl, von einer Droschke herab die Blätter weiter. Dr. Winter wurde von der Droschke verhaftet und dem nächsten Kommissariat zugeführt. Nach der Feststellung der Personalien wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Arbeiterverhältnisse in Japan hat das deutsche Generalkonsulat in Yokohama zum Gegenstand der Besprechung in einem Berichte gemacht, der durch das Reichsamt des Innern in den „Berichten über Handel und Industrie“ zur Veröffentlichung gebracht ist. Danach macht sich gegenwärtig in der japanischen Industrie ein Mangel an hinreichend geschultem Arbeiterpersonal sehr fühlbar, zumal man sich mehr und mehr bemüht, die wenigen als Arbeiter und Werkmeister noch thätigen Ausländer zu entfernen. Man beginnt, der fachtechnischen Ausbildung der Arbeiter und Betriebsbeamten allmählich ein größeres Augenmerk zuzuwenden. Auch faßt bereits in Japan, wie der Bericht sich ausdrückt, „eine Bewegung mehr und mehr Boden, die hemmend auf die stetige Entwicklung der Industrie einwirkt.“ Im vorigen Jahre sind wieder mehrfach Arbeiteransprüche vorgekommen, z. B. in Kure und in Osaka. Allerdings liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge, nach europäischem Muster gemessen, in Japan noch sehr im Argen. Ein besonderer Uebelstand ist die weitgehende Verwendung der Kinderarbeit. Man fängt daher jetzt an, dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und den Beginn mit einer staatlichen Arbeiterfürsorge zu machen. Die Regierung hat zu diesem Zwecke im vorigen Herbst dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, wodurch Mißstände beseitigt werden sollen. Der Entwurf enthält Bestimmungen zur Beschränkung der Kinder- und Frauenarbeit, regelt die Arbeitszeit und giebt Vorschriften über die Krankenfürsorge in Fällen, wo Arbeiter in Dienstbetrieben erkranken oder verunglücken. In den Kreisen der Unternehmer hat man aus erklärlichen Gründen versucht, gegen den Entwurf Stimmung zu machen; indessen dürfte die Annahme des Gesetzes nicht zu bezweifeln sein. Ubrigens zeigen auch die Arbeitslöhne in Japan eine fortgeschrittene Regung zum Steigen. Im Verlauf der letzten 10 Jahre

haben sie sich fast überall verdoppelt, theilweise sogar verdreifacht.

Aus Nah und Fern.

Verurtheter Raubmord. Unter großem Andrang des Publikums fand Freitag vor dem Schwurgericht des Landgerichts II in Berlin die Verhandlung gegen die verurtheten Raubmörder beschuldigte Tischler-Gesellin Anna Roden aus Weissenhof statt. Die 22jährige Angeklagte hat am 24. Februar d. Js. die Wittwe Josephson in ihrer Wohnung überfallen, sie zu erdroffeln versucht und beraubt. Die Beweisaufnahme beschränkte sich auf Vernehmung der Angeklagten, der Wittwe Josephson und einiger Zeugen. Der Staatsanwalt hat die Geschworenen die Schulfrage im Sinne der Anklage zu bejahen und beantragte eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren und 10 Jahren Ehrverlust. Die Geschworenen bejahten darauf die Schulfrage. Das Urtheil lautete dem Antrage des Staatsanwalts gemäß.

Arme Königin. Wir haben, so wird der „Vossischen Zeitung“ geschrieben, schon viel von den Künsten, Fähigkeiten und Schlichtheiten der Ameisen gehört: daß sie ihre Städte, Brücken, Straßen bauen, Hausthiere und Sklaven halten, Kriege führen, kurz, daß bei ihnen vieles comme chez nous (ganz wie bei uns) ist. Daß sie aber auch eine strenge Hofetikette haben, vermittelst deren sie ihre Königin so beherrschen, wie die Höfe ihre Souveräne, auch und gerade wenn diese „Selbstherrscher“ genannt werden, das schildert ein interessanter Aufsatz über das Leben der Ameisen in „Harper's Magazine“. Die Aufgabe der Ameisenkönigin ist es, Eier zu legen, viele Eier, um den Staat auf der Höhe zu erhalten. Alle anderen häuslichen und Regierungsgeschäfte werden ihr von den loyalen Unterthanen abgenommen, sie läßt nichts, als in des Wortes wegenster Bedeutung Landesmutter sein. Das paßt der Ameisenmajestät nicht immer. Sie möchte manchmal freier, sich emancipieren und ihre eigenen Wege gehen. Das gestatten aber die sie umgebenden Höflinge nicht, die eine Leibwache bilden, weniger zum Schutze der Königin, als um zu verhindern, daß sie auf Abwege gehe und ihre Landesmutterpflichten vernachlässige. Die Höflingsgarnison umringt die Königin stets. Das wird dieser manchmal zu viel. Sie verucht einen anderen Weg einzuschlagen als den von den Höflingen gewollten. Dann berührt sie einer der Höflinge sanft, als wollte er andeuten: „Majestät, nicht da!“ Aber Majestät will nicht umsonst Königin sein und verfolgt ihren eigenen Kurs weiter. Dann bekommt sie einen Stoß, und wenn das nicht hilft, faßt sie ein drittes beim Fühlhorn und führt sie den vom Hof gewünschten Weg. Ist der Konflikt zu weit gediehen, dann drängt sich der ganze Hof heran, versperrt ihr den Weg, den sie gehen will, drängt sie auf den anderen, und genügt auch das nicht, dann wird noch ernstere Gewalt angewendet: man dreht sie einfach um. Schließlich siegt die Hofetikette, die Königin muß sich in ihr Schicksal ergeben. Einmal gelang es doch einer Königin zu entfliehen. „Ich mich der goldenen Freiheit genießen, laß mich ein Kind sein!“ — jubelte sie in der ungeschriebenen Ameisentragödie. Kein Höfling rings umher. Sie war frei. Fort eilte sie, ihr plötzlich gefundene goldene Freiheit zu genießen. Aber kurz nur war der Wahn. Die Königin war noch nicht weit, da verfolgte sie schon die Leibgarde, umringte sie, ergriff sie in gar nicht höfischer Manier und — vergebens war ihr Widerstand — zog sie in das Königsschloß, ihren Kerker, zurück. Ach, auch die Ameisenköniginenklone ist eine Dornenkrone, die schwer lastet und verwundet. Trägt die Ameisenkönigin aber das ihr vom Schicksal beschiedene Loos, dann sind die Ameisen treue und anhängliche Unterthanen. Bei Lord Avebury starb einmal eine Ameisenkönigin. Da konnte man sehen, wie die Arbeiterinnen sich um den Leichnam sammelten, ihn beledeten, ihn mit den Fühlhörnern betasteten und auch sonst ihre Theilnahme bekundeten.

Durch Uebermuth sind drei blühende Menschenleben bei Sköpen in der Elbsiter Niederung am Sonnabend vor acht Tagen zu Grunde gegangen. Zwei Mädchen von 17 und 18 Jahren badeten etwa um 8^{1/2} Uhr in der Gölge. Plötzlich kam ein Arbeiter M. hinzu und wollte die Mädchen angreifen. Letztere gingen nun weiter in den Fluß hinein, den M. bittend, sie doch in Nähe zu lassen. M. achtete jedoch nicht darauf, sondern folgte den Mädchen immer weiter. Plötzlich geriethen beide Mädchen an eine tiefe Stelle und versanken. M., der nun sah, was sein Leichtsin-

ngerichtet hatte, versuchte, die Mädchen zu retten, wurde jedoch von ihnen mit in die Tiefe gezogen. Nach etwa 1/4 stündigem Suchen wurden M. und ein Mädchen gefunden. Alle sofort angelegten Wiederbelebungsvorkehrungen blieben, der „Danz. Ztg.“ zufolge, erfolglos. Das zweite Mädchen wurde erst am Sonntag Vormittag gefunden. M. war verheiratet und Familienvater.

Ein praktischer Vater. o wird aus Liegnitz gemeldet, ist ein Beamter, der dieser Tage seinen Sprößling an dessen zwölftem Geburtstag mit einer Anekdote gratulierte worin er ihm klar auseinandersetzte, daß er mit dem zwölften Jahre das strafmündige Alter erreicht habe, d. h. von jetzt ab wegen jeder Gesetzesverletzung bestraft werden kann.

Köstliche politische Stilblüten finden sich in der Nummer 166 der „Basler Nachrichten“ (Intelligenzblatt der Stadt Basel). In einem Artikel über den Ausfall der Wahlen im Deutschen Reich schreibt das genannte Blatt: „Die Reichsregierung steht nun am Kreuzweg. Links verheißt sich eine aufsteigende Straße in morgenröthliche Fernen, deren Ungewißheit denn doch vielen immer noch verlockender scheint, als die gewisse blinde Reaktion; rechts senkt sich ein Weg in ultraviolette Tiefen, über welchen wehrauchdunstende Wolken schweben. Auf den Höhen weht scharfe Luft, und die leitenden Staatsmänner sind so wie so leicht Erklärungen ausgefacht, und aufwärts Attacken reiten ist ein Umding. Es sprechen tausend Gründe gegen eine überraschende Wendung nach links, und so wird denn das Beschängnis seinen Gang nach rechts gehen. Bis ein brausender Sturmwind über die dumpfen Niederungen dahinsiegt und den dort Wandelnden die wehrauchnebelten Köpfe ausbläst, ist an eine Aenderung des herrschenden Kurzes nicht zu denken. Der Vogel Strauß steckt bekanntlich den Kopf in den Sand, wenn er die Gefahr nicht sehen will. Der Vogel Strauß ist ein großer Vogel und seine Federn suchen ihre Regale. Wir wollen uns jeder Kritik seines Benehmens enthalten. In die Vorstellung des unheimlichen Kreuzweges haben wir uns aber so hineingelegt, daß wir uns nicht verliaren können, nun auch noch das dort umgehende Gespenst klar in's Auge zu fassen. Von dem graulichen Zwielicht des Hintergrundes hebt sich hell die Gestalt eines reißigen Ritters ab. In blanker Brünne steht er da und schwingt über einem gesunkenen Volksmann zornig das flammende Schwert zur Verteidigung gegen eine Meute heulender Rüter — doch es ist nicht jedermanns Sache, historisch-moralische Skizzen zu entwerfen. Wir verzweifeln daran, bildlich darzustellen, daß der Gesunkene ein Was im Busen trägt, und daß also die bellenden Hunde nur für das gute Recht ihrer Spürnasen das Maul brauchen.“ — Wenn nun die Sache nicht klar ist, dem ist nicht zu helfen.

Terrorisirte Richter. Aus New York wird berichtet: Ein echt hinterwäldlerisches Schauspiel bot eine Gerichtsverhandlung in der Stadt Jackson in Kentucky, bei der wegen Mordes gegen zwei Mitglieder der beiden feindlichen Familien Cockwill und Hargis verhandelt wurde. Zwischen den beiden Familien besteht, wie wir bereits jüngst berichteten, seit einer politischen Fehde im Jahre 1896 eine Wunde, der schon verschiedene Mitglieder zum Opfer gefallen sind. Lange Zeit war keine Jury muthig genug, Anklage gegen die Mörder zu erheben, da die Familien Drohungen veröffentlichten, jeden Richter zu tödten, wenn das Urtheil gegen sie ausfiel. So waren zu der Verhandlung 200 Mann von den Truppen aus Kentucky zum Schutze der Richter entsandt. Jeder der Zeugen wurde von zwölf bewaffneten Soldaten vor die Schwänke geführt, und nachdem er zitternd seine Aussage gemacht hatte, wurde er von den Wälfen auch in sein Haus zurückgeführt. Nachdem der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer verlangt hatte, daß die Jury die beiden Angeklagten, deren Familien die Stadt schon lange mit Blut bespelt hätten, für schuldig erklären sollte, verließ auch er den Saal unter dem Geleit von Soldaten. Die Geschworenen, die schon seit einer Reihe von Tagen in dem mit Kanonen beschützten Gerichtshause schliefen, zogen sich dann zur Berathung zurück; aber wie zu erwarten war, wagten sie aus Furcht vor der Rache der beiden feindlichen Familien nicht, ihr Verdikt auf schuldig abzugeben! Selbst die Journalisten, die über den Prozeß berichteten, fürchteten für ihr Leben und verließen schleunigst die Stadt. Man weiß nicht, ob das Ministerium einen neuen Prozeß fordern wird, da es sicher ist, daß keine Jury in Kentucky den Muth haben wird, den Mörder zu verurtheilen.

ihrer Liebe ihre Ehre anvertraute und selig träumend Mondenlang an einem Abgrund stand.

So verschlossen aber ihr dabei sein mochte und inneres Gemüth geblieben, so vollkommen hatte ihr Hand in das, keines falschen Gedankens fähige Herz gesehen und bald gefunden, daß sie an ihm mit der ganzen Kraft ihrer Seele hing. Er war ihre erste heilige Liebe: sie fühlte das Bedürfnis einer Frau, in die sie die Gesühle der ihrigen ausgoß, sie fühlte das Bedürfnis zu lieben und zu vertrauen, und da ihre eigene Mutter wohl preis fernablich, aber nie, nie herzlich mit ihr war, ihr nie gestattete, ihr so zu nahen, wie ein Kind der Mutter nahen soll, und besonders alle Gemüthsbewegungen als mit ihren Nerven nicht verträglich auf das Sorgfältigste nied und von sich hielt, wuchs diese Liebe Paula's zu dem einzigen Wesen, dem sie sich ganz und ungetheilt hingeben konnte. Endlich zu einer Lebenszeit an, die sie selbst erschreckt haben möchte, wenn sie sich je derselben klar geworden wäre.

Handor bemerkte das mit kalter Berechnung. Er wagte nicht gar, daß der stolze Graf nie seine Einwilligung zu der Verbindung seiner einzigen Tochter mit einem bürgerlichen, plebejischen Schauspieler geben würde, so lange er nicht mußte, aber er zweifelte auch keines Augenblick, daß er sich endlich, dazu gezwungen, fügen und sein Kind nicht verloben oder ihn doch jedenfalls eine Summe zur Verfügung stellen würde, die dem Rang der jungen Gräfin entsprechend war — und mehr verlangte er nicht. Damit hatte er Alles erreicht, was er wollte, und dahin arbeitete er jetzt.

In Hamburg konnte er sich doch nicht länger halten. Seine Schwägerin war zu einer Höhe angewachsen, die selbst des Reichthums stolze, sie zu beden, und die Selbst seiner Gläubiger hatte sich erhöht. Der nächste Monat schon konnte deshalb eine Reise nach Hamburg herbeiführen, die Alles vernichtete,

was er bis dahin aufgebaut, und so schen er den entscheidenden Schritt bis jetzt noch immer hinausgeschoben, so wurde er selber nun dazu gedrängt.

Der Erste des Monats nahte, für den er die volle Gage theils schon verschleudert hatte, theils noch in der Tasche trug; Rebe hatte ihm schon seinen Sekundanten geschickt, er konnte ihm nicht antworten, die Verlobung kam dazu, und Paula hatte ihm gesagt, daß Vater und Mutter ganz im Stillen ihre Vorbereitungen trafen, um gleich am andern Morgen Hamburg auf längere Zeit mit ihr zu verlassen. Da erhielt er noch von Paula durch die Post einen Brief, den sie der Terrasse nicht hatte anvertrauen mögen, und er erhielt die wenigen, inhaltsschweren Worte:

„Wir müssen fliehen. Das Schrecklichste ist geschehen — ich bin elend mein ganzes Leben. Sei heute Abend vor neun Uhr mit einem Wagen am Drahtthor des Parks. Jetzt auf ewig die Deine.“

Und heute Abend „Homet!“ Handor lächelte bitter vor sich hin, doch sein Direktor machte ihm wenig Sorge. Mit dem Brief war aber die Entscheidung seines eigenen Geschickes unmittelbar in seine Hand gelegt, und es blieb ihm keine Wahl mehr.

Den Brief verbrannte er augenblicklich, dann ging er wohl eine halbe Stunde mit raschen Schritten in seinem Zimmer auf und ab. Das Ob kam nicht mehr in Frage, nur das Wie, und darüber brütete er jetzt. Daß er ein Wesen elend gemacht, zu dem er wie zu einer heiligen hätte aufschauen sollen, trübte nicht eines seiner Gedanken. Sie war jetzt sein, und nur mit Umgehungen die Schritte geschehen, eine Vereitelung ihrer Pläne zu vermeiden, und dann, wenn er sich in Sicherheit wußte, den alten Starrkopf von Vater zu hegen — oder zu brechen — es galt ihm gleiches gleich.

Der Abend dämmerte; im Schloß des Grafen Konford

waren alle nöthigen Vorbereitungen getroffen, und die Gäste konnten jetzt jeden Augenblick eintreffen. Die Gräfin selber stand schon fertig angezogen unten im Empfangssaal, von dem aus links eine Reihe prachtvoller Zimmer lag, deren Fingerringe alle weit offen standen, während sich rechts der große Salon befand, in dem gewöhnlich gespeist wurde.

Paula war noch nicht da, und ihre Mutter ging ein paar Mal auf und ab. Endlich betrat Mademoiselle Beauteemps das Zimmer.

„Ist meine Tochter noch nicht fertig?“
„Ich bedauere, Ihnen nichts Bestimmtes darüber sagen zu können, Frau Gräfin“, bemerkte die Französin achselzuckend; „die Komtesse hat sich so vollständig von mir losgelöst, daß ich nicht einmal mehr ihr Douboir betreten darf. Ich hatte mir auch vorgenommen, Sie zu bitten, mich, obgleich meine Verpflichtung eigentlich noch einige Monate länger dauert, schon morgen zu entlassen, da ich sehe, daß ich hier nicht allein vollkommen nutzlos, sondern auch ein Gegenstand steigender Unzufriedenheit bin. Sie werden selber begreifen, daß unter solchen Verhältnissen meine Stellung keine angenehme sein kann.“

„Liebe Beauteemps, Sie sehen die Sachen mit zu schwarzen Farben.“

„Ich sehe sie leider, wie sie wirklich sind, und die gnädige Gräfin würden mich — und ich glaube, auch die Komtesse — sehr verpflichten, wenn Sie meiner Bitte Gehör schenken wollten.“

„Nun gut, ich werde mit dem Grafen Konford darüber sprechen.“

„Dann erlauben Sie mir noch, Frau Gräfin, Sie auf eine Entdeckung aufmerksam zu machen, zu der mich heute der Zufall brachte; sie betrifft die Komtesse.“

„Eine Entdeckung?“

(Fortsetzung folgt.)